

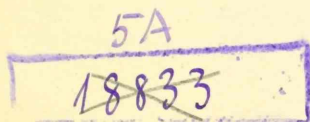
Staatsraison und Recht.

Staatsraison und Recht.

Die konfessionellen Wirren in Livland

vom Jahre 1865 bis zur Gegenwart.

Von



K. v. D.



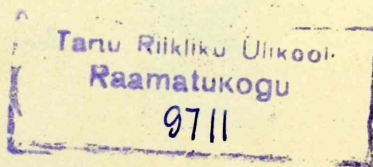
acc. 18501



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1891.

Alle Rechte vorbehalten.

Est. A



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Rückblick auf die Konversion und die Anfänge der Rekonversion	1
II. Rekonversion	17
III. Gerichtliche Verfolgung lutherischer Prediger in Livland . . .	33
IV. Rechtlicher Fortbestand der Gewissensfreiheit in Livland . . .	64

H. + 1.

1. 1.

I.

Rückblick auf die Konversion und die Anfänge der Rekonversion.

Seit dem Jahre 1845 ist Livland der Schauplatz konfessioneller Wirren. In den livländischen Beiträgen von Woltemar v. Bock und in den Geschichtsbildern aus der lutherischen Kirche Livlands von Dr. Adolph v. Harleß ist unter Zugrundelegung zuverlässigen Quellenmaterials dargestellt, daß und in welchen Anlässen eine große Anzahl livländischer Bauern in der Zeit von 1845 bis 1848 inklusive von der lutherischen Kirche abgefallen und zur griechischen Kirche übergetreten, daß dann ein Stillstand dieser Konversionsbewegung eingetreten und daß sich darauf in den Jahren 1863 und 1864 unter den Übergetretenen das Bestreben, zur lutherischen Kirche zurückzukehren, in großem Maßstabe geltend gemacht. Hier soll nun der Versuch gewagt werden, die Rückkehr der Konvertiten zur evangelisch-lutherischen Kirche ihren wesentlichsten Momenten nach darzulegen und dabei das Verhalten der Obrigkeit und der lutherischen Geistlichkeit vom Standpunkte des Rechts zu beleuchten.

Bevor dies geschieht, erscheint ein Rückblick auf diejenigen Vorgänge, welche die Konversion besonders zu charakterisieren geeignet erscheinen, unerläßlich, denn ohne einen solchen würde das, was in der fraglichen Hinsicht über die Zeit nach 1864

zu sagen ist, der erforderlichen Anhaltspunkte ermangeln und in vielen Stücken schwer verständlich sein. Bei Aufhebung der Leibeigenschaft der livländischen Bauern im Jahre 1820 wurden die Frondienste, welche die Bauern für die Nutzung des ihnen überlassenen Landes zu leisten hatten, durch Zusammenstellung von Gehorchstabellen und durch Wadenbücher geregelt. Diese Einrichtung hatte sich im Laufe von 20 Jahren überlebt, wie sie denn auch später durch freie Pachtkontrakte und schließlich durch Zulassung des Verkaufs der Bauernländereien an Bauern ersetzt wurde. Nachdem die Unzufriedenheit der Bauern mit der Leistung der ihnen obliegenden Frondienste in Livland eine allgemeine geworden war, verbreitete sich im Jahre 1841 aus nicht hinlänglich festgestellten Anlässen das Gerücht, jeder Bauer könne auf seinen Wunsch im Süden des Reiches in einer äußerst fruchtbaren Gegend Land angewiesen bekommen, wenn er sich in Riga als zur Auswanderung bereit anschreiben lasse. Nicht wenige Bauern wandten sich dieserhalb an den Generalgouverneur der Ostseeprovinzen, der die Bittsteller indes abwies und in allen Kirchen bekannt machen ließ, daß jenes Gerücht aller und jeder Begründung ermangele. Damit war die Bewegung unter den Bauern keineswegs beendet, denn infolge neuer Einflüsterungen gaben die Bauern nunmehr dem Wahne Raum, daß jedem, der sich bei dem griechischen Erzbischof in Riga „zum Glauben des Kaisers“ anschreiben lasse, in Livland selbst Land, jetzt „Seelenland“ genannt, zu teil werden solle und zwar unter Befreiung des Angeschriebenen von der Verpflichtung, dem Gutsherrn Frondienste zu leisten. Demgemäß baten erst einzelne Bauern in Person den Erzbischof, sie zum Glauben des Kaisers anzuschreiben. Bald darauf machten die Bauern es sich bequemer, indem sie in den Dörfern und Gemeinden lange Listen um Land und Anschreibung zum Glauben des Kaisers Bittender

anfertigten und die Listen dem Erzbischof Trinarch durch Abgesandte zustellten. Der Erzbischof, der die Abgesandten in möglichst wenig Aufsehen erregender Weise bei sich einführen ließ, nahm die Listen in Empfang; ob er die mit der Lehre der griechischen Kirche und mit dem Glauben des Kaisers gänzlich unbekannten lutherischen Bauern in ihren Erwartungen bestärkt habe, mag dahingestellt bleiben, gewiß ist aber, daß die Bauern auf einigen Gütern die Leistung ihrer Frondienste hartnäckig verweigerten und den Anordnungen der Behörden offenen Widerstand entgegensetzten, daß sie dann durch herbeigerufenes Militär unter schwerer Bestrafung der Rädelsführer zum Gehorsam zurückgeführt wurden, daß der Kaiser durch zwei abgesandte Flügeladjutanten den in den Städten zusammengerufenen Gemeindeältesten verkünden ließ, die ganze Bewegung sei wider seinen Willen erfolgt — und — daß der Erzbischof Trinarch nach Podolien versetzt wurde. Da die Bauern, die sich zum Glauben des Kaisers hatten anschreiben lassen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weder gesalbt noch sonst in irgend welcher Weise in die griechische Kirche aufgenommen worden waren, so gab man sich der Hoffnung hin, daß das Geschehene ohne dauernde Folgen bleiben werde. Diese Hoffnung wäre vielleicht in Erfüllung gegangen, wenn Livland in den Jahren 1844 und 1845 nicht von ganzlichem Mißwachs heimgesucht worden wäre. Im Jahre 1844 wandte man die Not durch Verteilung des in den Bauernvorratsmagazinen angesammelten Kornes ab. Da die letzteren aber im Herbst 1844 infolge des Mißwachses nicht wieder gefüllt werden konnten, der Preis des Roggens inzwischen von 2 Rubel auf 6 Rubel pro Loof gestiegen war und die Gutsbesitzer eine durchgreifende Hülfe zu leisten nicht vermochten, weil sie selbst kaum so viel geerntet hatten, als zur Unterhaltung ihrer Hofesleute erforderlich war; so verwandelte sich der Mangel

des Jahres 1844 im Frühlinge des darauffolgenden Jahres in wirkliche Hungersnot. Die Regierung ließ zwar zwei Schiffsladungen Mehl aus den Kronsproviand-Magazinen in St. Petersburg nach Riga bringen und sie dort unter einzelne Bauerngemeinden verteilen, wobei letztere die Verpflichtung eingehen mußten, das Empfangene nach Ablauf von zwei Freijahren, zu dem Preise, der zur Zeit des Empfanges herrschte, also doch mit 6 Rubel pro Loof, in 20 Jahren mit Zuschlag von 5 Prozent Zins und Zinsezins zu bezahlen; allein diese unter so drückenden Bedingungen geleistete Beihilfe reichte lange nicht aus, um der allgemeinen Not auch nur einigermaßen zu steuern und umfoweniger, als das Jahr 1845 wiederum ein Jahr gänzlichen Mißwachses war.

In dieser Zeit der Not faßte unter den Bauern Livlands wiederum die Überzeugung Wurzel, daß die Obrigkeit diejenigen, die sich zur Religion des Kaisers anschreiben lassen würden, mit Seelenland, sei es in Livland, sei es im Innern des Reiches, versorgen und von allen Fronen befreien werde. Befragt, worauf sie ihre Überzeugung gründeten, versicherten die Bauern: es sei ihnen durch verschiedene Personen aus Riga die Kunde überbracht worden, daß der Kaiser ihre Lage in der angedeuteten Weise verbessern wolle. Daß die Versicherungen der Bauern jedenfalls nicht in allen Stücken aus der Luft gegriffen waren, beweist die urkundlich feststehende Thatsache, daß der „heilige dirigirende Synod“ in St. Petersburg, in jener Zeit eine Instruktion, betreffend die Überführung der Andersgläubigen zur griechisch-orthodoxen Kirche, ausarbeiten ließ und daß diese Instruktion auf Antrag des Oberprokureurs des Synods dem Erzbischof von Riga am 30. April 1845 sub No. 46699 zugefertigt wurde. In der Instruktion ist unter anderem gesagt: „Die Überführung der Andersgläubigen in den Gouvernements Liv- und Kurland ist nicht allen

Geistlichen, sondern nur den zuverlässigsten und erfahrensten zu überlassen.“

Wie durch offizielle Berichte und gerichtliche Verhandlungen außer Zweifel gesetzt ist, gehörten zu diesen besonders zuverlässigen und erfahrenen Subjekten: der als herrenhutischer Vorbeter zur griechischen Kirche übergetretene und im Jahre 1845 zum Diätschof beförderte Bauer David Ballohd, ein mit unleugbarer Volksberedsamkeit ausgestatteter Mann, ferner Jacob Michailow, der früher Buchhalter auf dem Gute Pehalg gewesen war, sich in dieser Stellung einer Defraudation schuldig gemacht hatte, von der ihm drohenden Bestrafung aber, angeblich durch den Oberprocureur des Synods, befreit war und nach seinem Übertritt zur griechischen Kirche als orthodoxer Priester fungierte; sodann der estnische Konvertit Jahnis Pront, der bald nach seinem Übertritt als orthodoxer Küster angestellt wurde — und endlich der frühere Soldat Barbier Karl Ernst in Riga. Diese würdigen Männer und ihre Helfershelfer insinuierten den Bauern: der Kaiser wünsche ihre Anschreibung zu seinem Glauben. Ein Konfessionswechsel sei damit gar nicht einmal verbunden, denn der Glaube des Kaisers unterscheide sich vom lutherischen Glauben nur sehr wenig. Ihre lettischen und estnischen Bibeln, ihre lutherischen Gesangbücher, den lutherischen Katechismus und die lutherischen Predigten, die sie bei ihren Hausandachten zu benutzen pflegten, könnten sie behalten. Nur das Abendmahl müßten sie in der griechischen Kirche empfangen; im übrigen würden sie nur die Kirchenzugehörigkeit, keineswegs aber den Glauben wechseln. Die Beobachtung der Fasten und die Verehrung der Heiligen und Heiligenbilder würde man von ihnen nicht fordern. — Fragten die Bauern nach den Vorteilen, die sie von der Anschreibung zum Glauben des Kaisers zu erwarten hätten, so antworteten die im Dienste der Propaganda wirkenden Männer:

über die Vorteile dürften sie nichts Näheres sagen, denn es sei ihnen streng verboten. Die Bauern möchten Geduld haben; der Kaiser liebe sie und werde sie glücklich machen, wenn sie seinen Glauben annähmen.

In zahlreichen Kirchspielen Livlands fielen diese Insinuationen auf fruchtbaren Boden und schon im Mai des Jahres 1845 strömten die Bauern in großer Zahl nach Riga, ließen sich zum Glauben des Kaisers anschreiben und wurden ohne weiteres mittelst Salbung der griechischen Kirche einverleibt. Wie wenig die Bauern sich dabei der verhängnisvollen Tragweite ihres Handelns bewußt waren, läßt sich schon aus dem Umstande erkennen, daß einige unter ihnen, bevor sie sich nach Riga begaben, die örtlichen lutherischen Prediger ganz ernsthaft aufforderten: dieselben möchten sich doch auch zum Glauben des Kaisers anschreiben lassen, denn dann würde das alte Verhältnis fortbestehen und sie, die Bauern, würden doch die verheißenen Vorteile erlangen.

Im Juli hatte das Wandern der zum Übertritt entschlossenen Bauern nach Riga besonders im Wendenschen Bezirk solche Maße angenommen, daß eine Verabsäumung der unaufschiebbarsten Feldarbeiten befürchtet werden mußte. Dieserhalb erließ der Generalgouverneur am 21. Juli 1845 Nr. 2756 an den örtlichen Kirchspielsrichter den Befehl: allen Guts- und Gemeindepolizeien zu eröffnen, daß die geistliche Obrigkeit der orthodoxen Kirche sich bewogen gesehen habe, die Annahme der mit dem Wunsche des Überganges zu dieser Kirche sich Meldenden bis zum 1. September desselben Jahres einzustellen, um Störungen im landwirtschaftlichen Betriebe vorzubeugen. Am demselben Tage trug der Generalgouverneur sämtlichen Ordnungsgerichten Livlands auf: den Bauern in vorkommenden Fällen zu erklären, daß sie beim Übertritt zur Orthodorie durchaus keine Befreiung von ihren Abgaben und Leistungen

zu erwarten hätten und daß nur die bei kirchlichen Handlungen für die lutherischen Prediger festgesetzten Gebühren hinwegfallen würden. In demselben Auftrage aussprechend, daß die Verbreiter falscher Gerüchte zu ermitteln und zu bestrafen seien, schärfte er den Ordnungsgerichten auch ein, die Gutsbesitzer und Prediger darauf aufmerksam zu machen, daß jeder Versuch, die Bauern von ihrem geäußerten Wunsche, der orthodoxen Kirche anzugehören, abzubringen oder den Übertritt selbst zu verhindern, auf Grundlage der Strafgesetze bestraft werden werde. — Die Bauern erblickten in diesem Erlasse eine obrigkeitliche Aufforderung zum Übertritt und ließen sich auch durch die Ankündigung, daß ihnen für den Übertritt keine Befreiung von Abgaben und Leistungen zu teil werden sollte, nicht irre machen, weil sie von Ballohd und Konforten dahin verständigt waren, daß das heiß ersehnte Seelenland doch nur von dem Grunde und Boden der Gutsbesitzer abgeteilt werden könne, die Obrigkeit aber sehr weise handele, wenn sie hierüber nichts bekannt mache, da die in den Augen der Bauern viel vermögenden Barone sonst Schritte thun könnten, um die Obrigkeit an der Durchführung ihres Planes zu verhindern. Dennoch hätte die Konversion im Sommer und Herbst des Jahres 1845 schwerlich so riesige Fortschritte gemacht, wie in Wirklichkeit geschehen, wenn nicht der Generalgouverneur Golsowin sich beeilt hätte, durch einen neuen, an sämtliche Ordnungsgerichte gerichteten Befehl vom 21. August 1845 Nr. 3290, den Modus des Übertritts förmlich zu organisieren und dadurch jeden Zweifel daran zu beseitigen, daß die Staatsregierung selbst für den Übertritt Propaganda mache und denselben kräftig begünstige. In diesem Circularbefehle ward den Ordnungsgerichten vorgeschrieben, auf allen Gütern ihrer Bezirke (also auch auf den zahlreichen Gütern, wo die Bauern von dem Übertrittschwindel damals noch nicht ergriffen waren)

bekannt zu machen: „daß jedem Bauer nach seinem Wunsche der Übertritt zur orthodoxen Kirche erlaubt, hierzu jedoch notwendig ist:

1. Daß jeder von ihnen für die Zeit seiner Entfernung vom Gute zu diesem Zwecke eine Legitimation von der Gutsverwaltung habe;

2. daß jeder zu diesem Behufe sich an die nächst seinem Wohnorte gelegene orthodoxe Kirche wende, nämlich die Bauerschaften der näher an Riga belegenen Kirchspiele, in Riga, die Bauerschaften der näher an Lemsal, Pernau und Wenden liegenden Kirchspiele an den orthodoxen Priester einer dieser Städte, diejenigen Bauerschaften aber, welche näher zu den Priestern der Dorpat'schen, Werroschen oder Rappin'schen Kirche wohnen, an einen dieser Priester — und endlich die Bauerschaften, welche in den näher zu Marienburg liegenden Kirchspielen sowohl des Walk'schen als Wenden'schen und Werroschen Ordnungsgerichtsbezirks wohnen, in Marienburg, woselbst jetzt eine bewegliche orthodoxe Kirche eingerichtet wird. Außerdem ist es jedermann erlaubt, auch dorthin sich zu wenden, wo die Marienburgische bewegliche Kirche sich befinden wird. Sollte aber jemand wegen seiner anderweitigen Geschäfte entweder nach Riga oder in eine andere Stadt kommen, so ist es ihm ebenfalls erlaubt, sich wegen seines Übertritts zur orthodoxen Kirche bei dem dasigen Ortspriester zu melden.

3.

Niemandem unter keinem Vorwande, welcher Art er auch sein möge, die Erlaubnis und Legitimation zu solch einer erbetenen Entfernung vom Hause zu verwehren, und ebensowenig die Bauern von dem Übertritt zur orthodoxen Kirche abwendig zu machen; widrigenfalls die Kontravenienten einer Verantwortung nach aller Strenge des Kriminalgesetzes verfallen. Sollte aber dieser Vorschrift zuwider irgend eine Gutsverwal-

tung oder auch der Gutsbesitzer selbst es sich herausnehmen wollen, eine solche von einem oder dem anderen Bauern erbetene Erlaubnis zur Entfernung behufs des Übertritts zur orthodoxen Kirche zu verweigern, so wird in diesem Falle, außer der obenerwähnten Verantwortung auch noch dem Bauern eine eigenmächtige Entfernung vom Hause nicht zur Schuld angerechnet werden.

4. Ebenso darf eine Verweigerung zur Entfernung vom Gute nach dem Orte, wo eine orthodoxe Kirche sich befindet, auch nicht einmal dann stattfinden, wenn ein Bauer eines Verbrechens angeklagt oder gar desselben überführt, sich unter Arrest befindet, sondern ist er in diesem Falle unter Begleitung einer Wache zu dem Priester der orthodoxen Kirche abzufertigen.“

Die Bekanntmachung dieser Vorschrift, die in ebenso weit-schweifiger wie rührender Weise für den eiligen Fortgang der Konversion Sorge trug, schlug dem Faß vollends den Boden aus, denn einestheils sahen die Bauern in derselben eine Bestätigung alles dessen, was ihnen von verschiedenen Seiten insinuiert worden war, und anderenteils griffen nun auch die griechischen Geistlichen russischer Herkunft, die sich bis dahin im ganzen ziemlich passiv verhalten hatten, energisch, ja häufig brutal in die Konversion ein. Sie salbten nicht allein die sich bei ihnen zum Übertritt meldenden Erwachsenen, sondern auch die von denselben mitgebrachten Kinder ohne irgend welchen vorausgehenden Unterricht. Sie begaben sich nicht selten in die Dörfer und zerstreut liegenden Bauergerinde und salbten dort die Kinder derjenigen Eltern, die sich zur Konfession des Kaisers hatten anschreiben lassen, ohne nach der Zustimmung der Eltern zu fragen. Der Pope Tschajew drang sogar in die lutherischen Gebietschulen zu Noenni und Neu-Odenpach ein und salbte dort ohne weiteres circa 60 Kinder, meist ohne

Vorwissen ihrer Eltern. Der Pope Potalojeff wieder ließ in Sagnitz durch ein übergetretenes fanatisches Weib Kinder, die mit der Hütung des Viehes 2c. im Freien beschäftigt waren, unter allerhand Vorwänden zu sich locken und salbte sie dann, ohne daß dieselben wußten, was diese Prozedur zu bedeuten habe. Daß griechische Geistliche sich mit weinenden Knaben und Mädchen vollgepackte Schlitten zum Salben zufahren ließen und Säuglinge, deren Väter übergetreten waren, den Müttern mit Gewalt entrißen und salbten, waren nach Harleß und Boß alltägliche Erscheinungen. Fragte man die Popen, wie sie ein derartiges barbarisches und gesetzwidriges Verfahren wagen dürften, so beriefen sie sich regelmäßig auf höheren Befehl. Der Pope Potalojeff rief, als man eine gleiche Frage an ihn richtete, aus: „Klagt doch nicht über die Peitsche, mit der man euch schlägt! Wir Popen sind nichts als eine Peitsche in der Hand einer höheren irdischen Macht, die sich nun einmal vorgenommen hat, euch zu schlagen. Wir sind unschuldig.“ Dazu kam, daß viele Popen aufrichtig der Meinung waren: zwischen der griechischen und protestantischen Konfession bestehe, wenn man von einigen Formen und Gebräuchen absehe, kein erheblicher Unterschied. Berief sich doch der damals in Dorpat als Protohiereie angestellte Geistliche Berewski zur Begründung dieser Meinung ganz ernsthaft auf die seiner Ansicht nach unwiderlegliche Thatsache, daß doch Luther selbst Hofprediger bei der Kaiserin Katharina II. gewesen. Dies unicum historischer Unwissenheit findet seine Erklärung augenscheinlich darin, daß Berewski in seinen trüben Schulreminiscenzen der Katharina Bora die Ehre erwiesen, sie mit der Kaiserin Katharina zu verwechseln. Diese Unwissenheit der Popen hinsichtlich der zwischen der evangelisch-lutherischen und der griechisch-orthodoxen Glaubenslehre obwaltenden Unterschiede war leider nur zu geeignet, die mit der griechischen Glaubens-

lehre völlig unbekannten Bauern in dem Wahne zu bestärken, daß der lutherische Glaube sich von dem Glauben des Kaisers nur in Nebensachen unterscheide.

Wohl die größten Erfolge hatte die Konversion der Geistlichen der beweglichen Kirche zu danken, die auf Beschluß des Synods nach eingeholter Genehmigung des Kaisers im Marienburgschen Bezirk des Walschen Kreises etabliert wurde und an welcher der Pope Michailow und der Diätschoß Ballohd angestellt waren. Die Kosten des Transports der Kirche trug der Staat, von dem auch Fahr- und Quartiergelber für die genannten Geistlichen angewiesen waren. Wahrhaft haarsträubend ist nach Harleß die Thätigkeit, die von diesen Geistlichen, die der griechischen Kirche 7322 Lutheraner einverleibt haben, entwickelt worden ist. Als der Obrigkeit vorgestellt wurde, daß ihr Befehl vom 21. August 1845 von den Bauern so aufgefaßt werde, als sei ihnen der Übertritt zur griechischen Kirche befohlen, erließ der Generalgouverneur zwar am 10. Oktober 1845 eine Publikation, in welcher ausgesprochen war, daß der Übertritt der Bauern durchaus nicht vom Kaiser befohlen sei; allein den Bauern war schon vorher von den Helfershelfern der Propaganda insinuiert worden, daß besagte Publikation ergehen werde, daß sie aber nur den Zweck verfolge, den Schein der Freiwilligkeit des Übertritts der Bauern zu wahren. So blieben die Bauern dabei, daß der Kaiser den Übertritt befohlen habe. Das System mißbilligend, welches in Livland befolgt wurde, um von eitlen Hoffnungen auf irdischen Gewinn beherrschte Lutheraner zu verleiten, trotz ihrer gänzlichen Unbekanntschaft mit der Glaubenslehre der griechischen Kirche zu der letzteren überzutreten, — befahl der damalige Thronfolger (später Kaiser Alexander II.), welcher in Abwesenheit seines in Palermo weilenden Vaters Nikolai I. Reichsverweser war, am 4. Januar 1846, daß „fortan zwischen

der Meldung zum Übertritt und der wirklichen Vereinigung mit der orthodoxen Kirche durch Vollziehung der Salbung eine Frist von wenigstens 6 Monaten zu beobachten sei, damit jeder, der sich zum Übertritt anschreiben lasse, die volle Möglichkeit habe, über seinen Vorsatz reiflich nachzudenken“.

Diese gewiß weise Maßregel hatte nur zum Theil den günstigen Erfolg, den die lutherische Kirche sich von ihr versprach. Einmal, weil die griechische Geistlichkeit dem Befehl vielfach und meist ungestraft zuwider handelte, dann weil sie nach Vorschrift des Generalgouverneurs Golowin vom 19. April 1846 auf Unmündige keine Anwendung fand; ferner weil den Behörden verboten war, die die Anschreibung zum Übertritt beurkundenden Zettel von denjenigen zurückzunehmen, welche sich in der sechsmonatlichen Frist zum Verbleiben in der lutherischen Kirche entschlossen hatten und die Bauern sich steif und fest einbildeten, daß sie, solange sie im Besitze der Zettel waren, zum Übertritt bei Strafe verpflichtet blieben — und endlich, weil der Befehl vom 4. Januar 1846 schon am 6. Juli 1847 durch den Kaiser Nikolaus außer Kraft gesetzt wurde.

Wieviel erwachsene Lutheraner und lutherisch getaufte Kinder in den Jahren 1845—1847 inklusive der griechischen Kirche durch Salbung zugeführt worden, scheint nie in zuverlässiger Weise festgestellt worden zu sein. Gleichwohl möchte man schwerlich fehlgreifen, wenn man die Anzahl der in jenen drei Jahren Konvertierten auf 70 000—80 000 Köpfe schätzt.

Ein Zeitpunkt, wann die Konversionsbewegung in Livland allgemein zum Stillstande gekommen sei, läßt sich nicht angeben. In einigen Gemeinden, wie z. B. in dem Kirchspiel Lais hörten die Übertritte schon mit dem Jahre 1845, in anderen wieder, wie im Kirchspiel Rujen, schon zu Michaelis 1846 gänzlich auf — und daß dem Befehle vom 4. Januar

desselben Jahres immerhin sehr erhebliche Wirkungen zugeschrieben werden müssen, geht schon daraus hervor, daß circa 2000 Rußensche Bauern sich im Laufe des Jahres 1845 zum Übertritt bei der griechischen Geistlichkeit hatten anschreiben lassen, während von den Angeschriebenen in Wirklichkeit nur 683 Personen gefirmelt und in die griechische Kirche aufgenommen wurden. Von vereinzeltten Fällen abgesehen, scheint die Konversion in allen Kirchspielen Livlands ihren Abschluß im Jahre 1848 gefunden zu haben, was wenigstens zum Theil dem Umstande zuzuschreiben sein möchte, daß in jenem Jahre der Erzbischof von Riga, Philaret, durch den Erzbischof Platon und der Generalgouverneur Golowin durch den persönlichen Freund des Kaisers, Fürsten Suworow Rimnikski ersetzt wurde und seit dieser Zeit keine den Übertritt geradezu fördernde Vorschriften erlassen wurden.

Fast zugleich mit dem Stillstande der Konversion trat wenigstens in einigen Kirchspielen das Bemühen der Übergetretenen hervor, zur evangelisch-lutherischen Kirche zurückzutreten.

Obgleich die lutherischen Prediger, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, den um Wiederaufnahme in die lutherische Kirche Bittenden gegenüber 16 Jahre lang eine durchaus ablehnende Haltung beobachteten, obgleich die griechische Geistlichkeit die Übergetretenen mit einer die Satzungen der griechischen Kirche geradezu verleugnenden Schonung behandelte, indem sie denselben den ausschließlichen Gebrauch ihres lutherischen Katechismus und ihrer lutherischen Gesang- und Erbauungsbücher gestattete und von ihnen weder die Beobachtung der Fasten noch die Verehrung der Heiligen und Heiligenbilder forderte, so zeigte sich doch schon nach wenigen Jahren, daß die griechische Kirche nicht im Stande war, die zu ihr übergetretenen Lutheraner in aufrichtige Befenner der grie-

chischen Konfession umzuwandeln, — und daß die Übergetretenen im Gegentheil an ihrem lutherischen Konfessionsbewußtsein unwandelbar festhielten. Hieraus erklärt sich, daß sie in von Tage zu Tage wachsender Zahl sich weigerten, das Abendmahl nach griechischem Ritus zu empfangen, daß sie meist nur die lutherische Kirche besuchten, ihre Kinder, deren Taufe von den lutherischen Predigern verweigert wurde, sehr häufig der Nottaufe nach lutherischem Ritus unterzogen und diejenigen ihrer Kinder, die nach griechischem Ritus getauft oder doch im Kindesalter gefirmelt worden waren, in die lutherischen Gemeindegemeinschaften schickten und sie dort an dem lutherischen Religionsunterrichte teilnehmen ließen. Nachdem diese durchaus lutherisch erzogenen Kinder ein reiferes Alter erreicht hatten, forderten sie von den lutherischen Predigern die Zulassung zur Konfirmation um so dringender, als sie von der Lehre und den Gebräuchen der griechischen Kirche schlechterdings gar keine Kenntnis hatten. Von den lutherischen Predigern unter Hinweis auf die Strafgesetze zurückgewiesen, überhäuften sie ihre Eltern mit dem Vorwurf, daß sie durch die Schuld derselben in religiöse Sklaverei gerathen seien, und weigerten sich entschieden, die griechische Kirche zu besuchen und das Abendmahl nach griechischem Ritus zu genießen. Die Vorwürfe der zu Jünglingen und Jungfrauen Herangewachsenen und die beklagenswerte Lage derselben spornten ihre Eltern umsomehr zu entschlosseneren Auftreten an, als sie selbst in der griechischen Kirche keinen Frieden fanden und fortwährend von schweren Gewissensbissen geplagt wurden. So wurde insbesondere in den Jahren 1862 und 1863 unter den Konvertiten das Verlangen nach der Rückkehr zur lutherischen Kirche ein allgemeines und hatte zur Folge, daß die Konvertierten theils in Person, theils durch Einreichung mit vielen Unterschriften versehener Gesuche die geistlichen und weltlichen Be-

hörden mit der Bitte bedrängten: doch einen Weg ausfindig zu machen, auf dem sie zur lutherischen Kirche zurückkehren könnten. Dies Drängen und die Unzufriedenheit so vieler Personen gelangte zur Kenntniss des Kaisers Alexander II., und er sah sich im Jahre 1864 bewogen, den Generalmajor Grafen Bobrinski nach Livland mit dem Auftrage zu entsenden, die Ursachen der dort herrschenden konfessionellen Bewegung zu erforschen und über das Ergebnis Sr. Majestät einen Immediatbericht abzustatten. Der Bericht des Grafen Bobrinski und die ausführliche Denkschrift, die er demselben angeschlossen, sind in den livländischen Beiträgen von W. von Bock abgedruckt, in der Presse vielfach besprochen und zuletzt von Pastor Dalton in dessen offenem Brief an den Oberprokureur des russischen Synods beleuchtet worden. Der Bericht gipfelt in der Erklärung, daß die Konversion in den Jahren von 1845—1848 mittelst offiziellen Betruges herbeigeführt sei, daß dieselbe als eine Erniedrigung der Rechtgläubigkeit betrachtet werden müsse und daß es sich empfehle: „im Schoße der rechtgläubigen Kirche nur diejenigen unter den örtlichen Einwohnern zu erhalten, welche wirklich zur Rechtgläubigkeit sich bekennen, unter Freistellung an alle Übrigen, in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten einzig dem Zuge ihres Herzens zu folgen.“ Wohl nur um zu widerlegen, was der Graf Bobrinski dem Kaiser berichtet hatte, unternahm der Erzbischof Platon im Herbst 1864 eine Rundreise in Livland. Was er dem russischen Synod oder gar dem Kaiser über das Ergebnis seiner Reise berichtet hat, scheint der Öffentlichkeit nicht übergeben worden zu sein. Nach den Mitteilungen glaubwürdiger Augen- und Ohrenzeugen, zu denen auch die Ordnungsrichter gehören, die den Erzbischof begleitet haben, kann kein Unparteiischer bezweifeln:

1. Daß der Erzbischof überall, wo er mit den zusammen-

gerufenen Konvertiten in Verhandlung trat, seine Fragen vornehmlich auf die wirtschaftliche Lage der Versammelten und darauf gerichtet, ob sie nicht etwa durch die deutschen Gutsherrscher bedrückt würden;

2. daß die meisten Anwesenden, ohne sich auf die angeregten Fragen einzulassen, ihrem Verlangen, zur lutherischen Kirche zurückkehren zu dürfen, Ausdruck gegeben und dabei an vielen Orten erklärt haben: sie seien entschlossen, das Abendmahl nie mehr nach griechischem Ritus zu empfangen;

3. daß der Erzbischof in der Regel jede Verhandlung über Glaubenssachen abgelehnt, weil ein Austritt aus der griechischen Kirche durch das Gesetz verboten sei;

4. daß an einigen Orten, wie z. B. in Marienburg, Kalnemoise, Henselshof und Rujen die Versammelten gegen den ihnen den Rücktritt zur lutherischen Kirche weigernden Bischof eine so wenig ehrerbietige, ja Verunglimpfung drohende Haltung angenommen, daß der Ordnungsrichter zum Einschreiten genötigt war und

5. daß der Versuch des Erzbischofs, für die Kinder der Konvertiten bestimmte Büchlein den Eltern aufzunötigen, fehlgeschlagen, indem die letzteren die angebotenen Büchlein dem Erzbischof zurückgegeben oder dieselben einfach zu Boden geworfen.

Wie die Sache von der Staatsregierung aufgefaßt wurde, läßt sich aus der Thatfache erkennen, daß der Erzbischof Platon bald nach Beendigung seiner Rundreise in das Land der Kosaken versetzt wurde.

II.

Rekonversion.

Graf Bobrinski hatte allen Konvertiten, von denen er um Befreiung aus den Banden der griechischen Kirche gebeten worden war, klar und deutlich eröffnen lassen:

„Die Gesetze der orthodoxen Kirche seien nicht verändert worden; nach denselben dürfe kein Rechtgläubiger zu einer anderen Kirche übertreten, auch dürften die Kinder aus gemischten Ehen nur in der rechtgläubigen Kirche getauft werden — und wenn sich Gerüchte verbreiten sollten, daß es erlaubt sei, zum Luthertum zurückzukehren, so dürfe denselben kein Glauben geschenkt werden.“

Infolge dieser Eröffnung und der zornigen Zurückweisung, die den Rekonvertiten von seiten des Erzbischofs Platon zu teil geworden war, gaben die sich nach der Wiederaufnahme in die lutherische Kirche Sehnennden es auf, durch Hilfe der Obrigkeit zum Ziele zu gelangen, wandten sich aber nunmehr in großer Zahl an die örtlichen lutherischen Prediger und baten dieselben, unter Hinweis auf ihre trostlose Lage, flehentlich und in Ausdrücken der tiefsten Reue, sie wieder zum Abendmahle zuzulassen und ihre Kinder lutherisch zu taufen und zu konfirmieren. Dazu kam, daß viele ihren Kindern die Nottaufe nach lutherischem Ritus erteilten und den Genuß des Abendmahls nach lutherischem Ritus in der Weise erschlichen, daß sie sich an Sonntagen unter die den Altar umstehenden Abendmahlsgäste mischten und zugleich mit diesen das Abendmahl empfangen, ohne von den das Abendmahl austeilenden Predigern erkannt zu werden, — ein Verfahren, das damals Arreption genannt wurde.

Angeichts dieser Sachlage konnte die lutherische Geistlichkeit Livlands sich im Herbst 1864 nicht länger einer

Prüfung der Frage entziehen, ob sie es mit den Pflichten und Aufgaben ihres Amtes noch länger vereinigen könne, wenn sie die reumütig um Wiederaufnahme in die lutherische Kirche Flehenden auch fernerhin unbedingt zurückwies. Die Ansichten der Geistlichen gingen, wie sich aus den Beratungen derselben in rebus graecis ergab, namentlich hinsichtlich der Annahme der Rekonvertiten zum Abendmahl und zur Konfirmation in zwei Hauptrichtungen auseinander. Ein Teil behauptete, man habe sich einfach auf den Boden der Kirchenordnung vom Jahre 1832 zu stellen, welche die Aufnahme von Personen griechischer Konfession zur lutherischen Kirche unter Androhung schwerer Strafen verbiete. Die Prediger hätten sich unentwegt an das vierte Gebot sowie an Römer 13: Jedermann sei unterthan der Obrigkeit — zu halten und dürften sich nicht gegen Gesetz und Obrigkeit auflehnen. Die Konvertiten hätten doch auch in der griechischen Kirche Gottes Wort und Sakrament und könnten und sollten, nachdem sie einmal um irdischen Vorteils willen zu dieser Kirche übertreten seien, sich daran genügen lassen, da sie ja aus dem Sakrament der griechischen Kirche und aus der Bibel genügende Nahrung und Unterweisung zur Seligkeit zu schöpfen in der Lage seien. Gebe man dem Drängen der Konvertiten jetzt nach, so werde man möglicherweise erleben, daß sie sich später wieder zur griechischen Kirche zurückwenden, sobald ihnen das Seelenland, das ihnen bisher nur als trügerische *fata morgana* vorgezeichnet, in Wirklichkeit als Preis des Konfessionswechsels geboten werde. Auch dürften die lutherischen Geistlichen nicht vergessen, daß sie in ihrem Amtseide die Beobachtung der Kirchenordnung gelobt hätten, mithin eidbrüchig seien, wenn sie denjenigen Bestimmungen der Kirchenordnung, welche die Vollziehung von Amtshandlungen an Gliedern der griechischen Kirche verbieten, schnurstracks zuwiderhandelten. Endlich

sei es freilich sehr wohl denkbar, daß lutherische Prediger durch ihr Gewissen gedrängt würden, den Bitten der nach den Heilsgütern der evangelisch-lutherischen Kirche aufrichtiges Verlangen tragenden Konvertiten Genüge zu leisten; aber hieraus folge doch nur, daß solche Prediger sich aus ihrem Amte verabschieden lassen müßten.

Mit dieser Auffassung war ein großer Teil der miteinander beratenden Prediger keineswegs einverstanden, gab vielmehr folgender Argumentation Raum:

Das Gebot, wonach der Unterthan selbst der „wunderlichen“ Obrigkeit Gehorsam zu leisten schuldig sei, könne nicht als ein unbedingtes, ausnahmsloses betrachtet werden, denn wenn die Obrigkeit etwas gebiete oder verbiete, was Gottes klarem Gebote zuwider sei, so greife nach Apostelgeschichte 5, 29 die Vorschrift Platz, daß man Gott mehr gehorchen müsse als Menschen, wie denn auch die christliche Religion, ob schon sie von dem römischen Staate als religio illicita angesehen und verfolgt worden, sich in demselben wider das staatliche Verbot ausgebreitet habe, ohne daß die Verbreiter mit ihrem Gewissen in Kollision geraten. Luther selbst habe sich durch die kaiserliche Acht in der Fortsetzung des Reformationswerkes nicht stören lassen und die evangelischen Stände hätten nicht Anstand genommen, gegen den Majoritätsbeschluß des deutschen Reichstages Protest einzulegen und jenem Beschlusse zuwider zu handeln. Die gegen die Wiederaufnahme der Konvertiten in die lutherische Kirche vorgebrachten Gründe seien übrigens nur unter der Voraussetzung zutreffend, daß es sich um Glieder der griechischen Kirche handle, welche derselben nicht bloß nach dem Buchstaben des Gesetzes, also bloß äußerlich, sondern im Geiste und in der Wahrheit angehörten. Diese Voraussetzung stehe aber zu der Wirklichkeit in offenkundigem Widerspruch, denn so gewiß es sei, daß die Kon-

vertiten ohne die mindeste Kenntniss der Lehre der griechischen Konfession in dieselbe in den Jahren 1845 und 1846 aufgenommen worden und daß die griechische Kirche seitdem nichts gethan, um die Übergetretenen durch Unterricht, Predigt und Seelsorge in die Glaubensnormen der griechischen Konfession einzuweihen, ihnen das Verständniss der Sakramente derselben zu erschließen und ihnen überhaupt das griechische Glaubensbekenntniss zu eigen zu machen, — ebenso gewiß sei auf der anderen Seite, daß die Übergetretenen alle religiöse Nahrung auch nach ihrem Übertritt aus der lutherischen Überzeugung der Bibel, aus dem Katechismus und den Gesangbüchern der lutherischen Kirche und aus den Gottesdiensten der letzteren geschöpft, nach wie vor thatsächlich an dem lutherischen Konfessionsbewußtsein festgehalten hätten, ebendaher mit vollem Rechte in ihrer formellen Zugehörigkeit zur griechischen Kirche eine sündliche Heuchelei und eine Verleugnung ihres wirklichen Bekenntnisses erblickten und demgemäß in dem Rücktritt zur lutherischen Kirche das einzige Mittel sähen, um sich aus der ihr Gewissen fortwährend beunruhigenden Zwitterstellung zu befreien. Wenn die Konvertiten sich nun hiernach des Christentums thatsächlich nur in derjenigen Ausprägung bewußt seien, die es in der evangelisch-lutherischen Kirche erhalten, und wenn sich unmöglich in Abrede stellen lasse, daß sie jetzt mit allen Fasern ihres Daseins nach ihrer Wiedervereinigung mit der evangelisch-lutherischen Kirche und nach den Sakramenten derselben verlangten, der König aller Könige aber auch den lutherischen Geistlichen geboten, die Hungrigen zu speisen mit Wort und Sakrament, die Durstigen zu tränken und, was sterben will, zu erretten; so liege hier ein flagranter Fall vor, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen und somit die durch aufrichtiges Herzensbedürfnis gebrängten Konvertiten in allen Stücken in die Glaubensgemeinschaft der lutherischen Kirche

und in die damit unzertrennlich verbundene Abendmahls-gemeinschaft trotzdem aufzunehmen, daß solches durch die aus menschlichem Willen entsprungenen Gesetze verboten und mit Strafe bedroht werde. Ueberdies könne in der Aufnahme der Konvertiten in die lutherische Kirche nicht einmal ein Ungehorsam gegen die Obrigkeit erblickt werden, denn die mit der Gewissensfreiheit unvereinbaren Gesetze des russischen Reiches hätten nach den Unterwerfungsverträgen und dem Nystädter Frieden in Livland keine Geltung. Was aber den Eid betreffe, den die Geistlichen bei ihrer Ordination zu leisten hätten, so wurden sie durch denselben *primo loco* auf die heilige Schrift, *secundo loco* auf die symbolischen Bücher und erst *tertio loco* auf die Kirchenordnung verpflichtet, so daß, wenn eine Kollision zwischen den in der heiligen Schrift und in den symbolischen Büchern wurzelnden und den in der Kirchenordnung vorgeschriebenen Obliegenheiten entstehe, die ersteren zu erfüllen, die letzteren aber zu unterlassen seien. Dies werde von den Ordinanden wie von den Ordinatoren bei der Eidesleistung als selbstverständlich vorausgesetzt und sei auch in dem Eidesformular angedeutet, nach welchem der Ordinande zu geloben habe, die Vorschriften der Kirchenordnung „nach bestem Vermögen“ zu erfüllen.

Endlich lasse sich nicht verkennen, daß die realen Verhältnisse immer stärker seien als das menschliche Widerstreben und so werde auch die Rekonversionsbewegung, da sie sich in Anbetracht der früheren Vorgänge als eine notwendige Phase der livländischen Geschichte darstelle, unaufhaltsam ihren Fortgang nehmen.

In der Beratung der Geistlichen hielt zwar jede der beiden Parteien an ihrem Standpunkte fest, beide Parteien erkannten jedoch schließlich an, daß jeder einzelne Prediger in Bezug auf die Annahme der zur lutherischen Kirche zurück-

strebenden Konvertiten zur Konfirmation und zum Abendmahl und in Bezug auf die Taufe aus gemischter Ehe entsprossener Kinder nach seinem Gewissen zu handeln habe. Darüber, daß die Trauung von Personen griechischer Konfession mit Protestanten von den lutherischen Predigern zu unterlassen sei, waren alle einig, weil die Ehe kein Sakrament sei und man eben deshalb keinen Grund habe, sich mit dem Strafgesetze in Widerspruch zu setzen.

Die ihren wesentlichen Momenten nach soeben geschilderte Konferenz, die im Januar 1864 stattfand, hatte bei zahlreichen Predigern die Bedenken beseitigt, die sie bis dahin gegen die Vollziehung von Amtshandlungen an Konvertiten gehegt hatten. Als nun im Laufe des Jahres 1864 der der lutherischen Kirche so günstige Bericht des Grafen Bobrinski bekannt wurde, der Unfug der Arreption des Abendmahles immer mehr um sich griff und Kaiser Alexander II. (wie unten in einem anderen Zusammenhange näher erörtert werden soll) am 19. März 1865 die auch auf die Ostseeprovinzen angewandte Bestimmung des russischen Reichsrechts, wonach vor Trauung konfessionell gemischter Paare der lutherische Nupturient sich durch Unterzeichnung eines Reversals zu verpflichten hatte, die aus solcher Ehe hervorgehenden Kinder in der Lehre der griechischen Kirche taufen zu lassen und zu erziehen — zu Gunsten der Protestanten der Ostseeprovinzen durch einen zwar geheimen, jedoch der lutherischen wie der griechischen Geistlichkeit offiziell eröffneten Befehl außer Kraft setzte, — da vermochten die meisten lutherischen Prediger Livlands der Rekonversionsbewegung nicht länger Widerstand entgegenzusetzen, ließen vielmehr die um Wiederaufnahme in die lutherische Kirche Bittenden zur Konfirmation und zum Abendmahle nach lutherischem Ritus zu, wie übrigens in einigen Kirchspielen, namentlich in Marienburg und Tarwaß,

schon in den Jahren 1863 und 1864 geschehen war. Hierdurch sich verleßt erachtend, führte die griechische Geistlichkeit zunächst über zwei Pastoren, Maurach und Mickwitz, Beschwerde, weil dieselben eine Anzahl formell der griechischen Kirche angehörige Knaben und Mädchen konfirmiert hatten. Beide wurden nach vorausgegangener Untersuchung vom livländischen Konsistorium zur Suspension vom Amte auf die Zeit eines halben Jahres verurteilt. Nichtsdestoweniger nahm die Rekonversion ungehinderten Fortgang. Von der Überzeugung ausgehend, daß nur mit den Elementen der Lehre der evangelisch-lutherischen Kirche vertraute und sich aufrichtig zu derselben bekennende Personen zu rezipieren seien, verfuhr die livländische Geistlichkeit bei der Rezeption nach folgenden Regeln:

Mit großer Strenge wurden diejenigen Rekonvertiten behandelt, welche erst nach ihrer Konfirmation zur griechischen Kirche übergetreten waren. Nur wenn sie ein reuiges Bußbekenntnis ablegten, sich auf eingehendes Befragen über ihre Kenntnis der lutherischen Lehre genügend auswiesen und die feierliche Erklärung abgaben, daß die griechische Kirche ihrem religiösen Bedürfnisse schlechterdings nicht Genüge thue und daß sie ausschließlich durch ihre innerste Überzeugung und nicht durch Aussichten auf irdische Vorteile zur Rückkehr in die lutherische Kirche genötigt würden, wurden sie zum Genuß des Abendmahles nach lutherischem Ritus zugelassen und fortan als Lutheraner behandelt. Von einer Konfirmation dieser Species von Rekonvertiten konnte selbstverständlich nicht die Rede sein. Konvertiten dagegen, die lutherisch getauft, vor ihrer Konfirmation aber auf Veranstaltung ihrer Eltern oder auch ohne Zustimmung derselben durch Firmelung der griechischen Kirche waren einverleibt worden, wurden, selbst wenn sie nach Eintritt in ein reiferes Alter vorzugsweise oder

auch ausschließlich die lutherischen Gottesdienste besucht hatten, nur dann rezipiert, wenn sie an dem ganzen Konfirmationsunterrichte der lutherischen Jugend teilnahmen und nach beendigtem Unterrichte bei der Konfirmation vor versammelter Gemeinde erklärten, freiwillig und aus eigener Überzeugung der lutherischen Kirche angehören zu wollen. Dabei wurde auf den Umstand, ob sie das sonst zur Konfirmation befähigende Alter bereits seit längerer oder kürzerer Zeit überschritten hatten oder nicht, keine Rücksicht genommen, so daß es in jener Zeit eine ganz gewöhnliche Erscheinung war, daß seit Jahren verheirathete Männer und Frauen, letztere nicht selten ihre Säuglinge auf dem Schoße haltend, sich 4 Wochen lang täglich an dem in den Pastoraten stattfindenden Konfirmationsunterrichte beteiligten. Ein gleiches Verfahren wurde solchen Personen gegenüber beobachtet, welche, von beiderseits griechischen Eltern abstammend oder aus gemischter Ehe entsprossen, auf Veranstaltung ihrer Eltern der lutherischen Nottaufe unterzogen waren und in den Gemeindeschulen mehrere Jahre lutherischen Religionsunterricht empfangen und überhaupt eine durchaus lutherische Erziehung genossen hatten. Wohl erst in späteren Jahren kam es auch zur Konfirmation und Rezeption solcher Personen, die nach griechischem Ritus getauft, aber von Kindesbeinen an in allen Stücken lutherisch erzogen und der griechischen Kirche in jeder Hinsicht fremd geblieben waren. Gehörten beide Eltern der griechischen Konfession an, so lehnte die lutherische Geistlichkeit die Taufe aus solcher Ehe entsprossener Kinder ab. Dasselbe geschah, wenn der eine Parent der griechischen, der andere der lutherischen Kirche angehörte und der letztere sich bei seiner Trauung zur Taufe seiner Kinder nach griechischem Ritus durch Unterzeichnung des obererwähnten Reversals verpflichtet hatte — ein Fall, der übrigens in der Zeit vom 19. März 1865 bis

zum September 1885 nur höchst ausnahmsweise vorlag. Zur Trauung theils der griechischen, theils der lutherischen Konfession beizählender Nupturienten schritt die lutherische Geistlichkeit nur dann, wenn der für die Trauung zuständige griechische Geistliche die Vollziehung der Trauhandlung, wie nicht selten geschah, davon abhängig machte, daß der lutherische Nupturient vorher das Abendmahl nach griechischem Ritus genieße.

Diese offenkundig vor den Augen der weltlichen Behörden und unter Mitwissenschaft des livländischen Konsistoriums in fast allen Kirchspielen beobachtete Praxis veranlaßte die griechische Geistlichkeit in den Jahren von 1867—1872 eine Reihe von Beschwerden über das Verfahren der lutherischen Geistlichkeit zu erheben. Die Beschwerden wurden theils von dem griechischen Konsistorium in Riga, theils von dem Generalgouverneur, theils von dem livländischen Civilgouverneur dem livländischen Konsistorium zur Einleitung von Strafprozessen gegen 28 lutherische Prediger zugefertigt. Das angegangene Konsistorium, obgleich nach der Kirchenordnung in den angeregten Sachen allein zuständig, lehnte in drei Vorstellungen, die es dem derzeitigen Generalgouverneur am 20. September 1867, 9. September 1870 und 24. September 1872 machte, die Verantwortung für das Verhalten der 28 lutherischen Prediger und die kirchlichen Wirren ab, verweigerte unter ausführlicher Darlegung der Sachlage und unter Hinweis darauf, daß die Obrigkeit auch nicht gegen einen der Rekonvertiten die gesetzlich vorgeschriebenen Folgen habe eintreten lassen, die Beahndung der Angeeschuldigten und bat um Aufhebung der die Religionsfreiheit in Livland beeinträchtigenden Strafgesetze. Ohne dem Konsistorium eine Antwort auf dessen Vorstellungen zukommen zu lassen, forderte der Generalgouverneur die betreffenden Untersuchungsakten ein und stellte sie dem Minister des Innern, Timascheff, vor. Der letztere wählte aus den

28 angeschuldigten Predigern zwei aus, die ihm besonders schuldig erschienen und übersandte die Untersuchungsakten dem Generalkonsistorium zur Prüfung und Begutachtung dieser Sache und des Verhaltens des livländischen Konsistoriums, welches unstatthafterweise auf Grund persönlicher Überzeugungen in Gemeinschaft mit den Predigern das Gesetz verlege. Wie das Gutachten des Generalkonsistoriums gelautet, mag dahin gestellt bleiben, gewiß aber ist, daß das livländische Konsistorium, an welches die ganze Angelegenheit zur weiteren Verhandlung zurückgelangte, Schritte gethan, für welche Livland ihm zu großem Danke verpflichtet ist. Es führte zunächst die Untersuchung gegen die 28 angeschuldigten Prediger zu Ende. Dann konstatierte es mittels angestellter Enquête, daß von den 105 in Livland fungierenden Predigern 93 solche Amtshandlungen in mehr oder weniger großer Anzahl vollzogen hatten, die nach dem Buchstaben des Gesetzes mit Suspension auf 6 Monate respektive mit Amtsentsetzung zu bestrafen wären — und daß die 12 Prediger, die dem Gesetze nicht zuwider gehandelt hatten, in Kirchspielen fungierten, wo zur griechischen Kirche gehörige Personen nicht vorhanden waren. Mit diesem Material ausgerüstet, richtete es an das Generalkonsistorium unter dem 7. Februar 1874 eine Vorstellung, in welcher es unter Mitteilung des Ergebnisses der Enquête vor allem erklärte, daß es sich nicht dazu hergeben werde, unter der großen Zahl der Prediger, die den Strafgesetzen in gleichem Maße zuwider gehandelt hätten, zwei von dem Herrn Minister auserlesene Opfer in Strafe zu nehmen, daß es außer stande sei, die der Gewissensfreiheit widerstreitenden Gesetze gegen die der Kontravention schuldigen Prediger zur Anwendung zu bringen, da letztere wie auch die Rekonvertiten ihrer Gewissensüberzeugung gemäß gehandelt hätten und die Obrigkeit selbst durch ihr Verhalten seit dem Jahre

1866 den Übertritt von der griechischen zur lutherischen Kirche tacite für straflos erklärt habe — und daß die erneuerte Geltendmachung der in Rede stehenden, für eine ganze Bevölkerungsgruppe faktisch suspendierten Gesetze das kirchliche Leben, die gesellschaftlichen Zustände und die Wohlfahrt der Provinz nur schädigen könne. Am Schluß seiner Vorstellung richtete das livländische Konsistorium an das Generalkonsistorium das dringende Gesuch, bei Sr. Kaiserlichen Majestät um Niederschlagung aller gegen livländische Prediger wegen Vollziehung von Amtshandlungen an Personen griechischer Konfession anhängigen Untersuchungssachen, um Streichung der Rekonvertiten aus den Listen der griechischen Kirche und um ausdrückliche Aufhebung der wider die Gewissensfreiheit streitenden Gesetze zu supplizieren. Hierbei darf nicht unbemerkt bleiben, daß das livländische Konsistorium mit seiner Vorstellung eine ausführliche Schilderung der historischen Entwicklung der in Livland vorwaltenden Zustände verbunden hatte. Raum jemand zweifelte damals, daß dem Konsistorium namentlich deshalb, weil es, ohngeachtet seiner unzweifelhaften Zuständigkeit für Amtsvergehen der livländischen Prediger, die Verhängung einer dem Buchstaben des Gesetzes nach gerechtfertigten Bestrafung der Schuldigen mit rückhaltloser Bestimmtheit abgelehnt hatte, eine strenge Rüge zu teil werden werde und daß eine Einschärfung der als suspendiert bezeichneten Gesetze erfolgen werde. Weder das eine noch das andere geschah, Seine Majestät Kaiser Alexander II. sah sich vielmehr nach Prüfung der Sache bewogen, mittels Erlasses vom 22. Juli 1874 zu befehlen:

„Alle Sachen, betreffend die Verfolgung evangelisch-lutherischer Prediger für Verrichtung von Amtshandlungen an von der Rechtgläubigen Kirche abgefallenen Letten und Esten, welche bis zum Erlaß dieses Befehls e n t s t a n =

den oder in Verhandlung gezogen worden, sind niederzuschlagen.“

Durch diesen Befehl waren zwar alle von den Predigern an Rekonvertiten bereits vollzogenen Amtshandlungen mit ewiger Vergessenheit zugedeckt — und da weder der Kaiser noch das Ministerium angeordnet hatte, daß gegen die Rekonvertiten die gesetzlich vorgeschriebenen Zwangs- und Belehrungsmaßregeln zur Anwendung zu bringen seien, die Rekonvertiten im Gegenteil ohne Ausnahme in der lutherischen Kirche belassen wurden, so konnte nicht zweifelhaft sein, es sei dem kaiserlichen Willen konform, daß die Rekonvertiten auch in Zukunft von den lutherischen Predigern zu allen Sakramenten zugelassen und überhaupt gleich anderen Lutheranern kirchlich und seelsorgerisch bedient werden sollten, es sei denn, daß sie freiwillig zur griechischen Kirche zurückkehren würden. Allein bei dem Schweigen, welches von dem Befehl vom 22. Juli 1874 über den Fortbestand der den Abfall von der griechischen Kirche verbietenden und mit Strafe bedrohenden Gesetze beobachtet wurde, mußten sich die lutherischen Prediger allerdings darauf gefaßt machen, daß sie für Annahme nach dem 22. Juli 1874 zur lutherischen Kirche zurückkehrender Konvertiten der gesetzlichen Strafe unterzogen werden würden. Gleichwohl sprachen für die Annahme solcher Konvertiten gerade dieselben Gründe, die die lutherische Geistlichkeit im Januar 1864 bewogen hatte, den Bitten der die Wiederaufnahme in die lutherische Kirche begehrender Konvertiten nicht länger Widerstand zu leisten. Die eine gleiche Bitte nach dem 22. Juli 1874 verlautbarenden Konvertiten führten mit zutreffendem Grunde an, daß sie doch nicht schlechter seien als ihre früher zur lutherischen Kirche zurückgekehrten Stammesgenossen, und daß nicht einzusehen sei, warum Seine Majestät ihnen gegenüber die gnädige Toleranz verweigern sollte, die

er jenen gegenüber bethätigt hatte. Dazu kam, daß im Jahre 1874 sich unter denjenigen, die in den Jahren 1845 und 1846 in einem Lebensalter von mehr als 18 Jahren freiwillig zur griechischen Kirche übergetreten und noch nicht zur lutherischen Kirche zurückgekehrt waren, nur sehr wenige befanden, die den Wunsch hegten, die griechische Kirche zu verlassen. Im Jahre 1874 und später handelte es sich in der Regel um solche Personen, die entweder im Kindesalter in den Jahren 1845 und 1846 gefirmelt oder erst nach Übertritt ihrer Eltern geboren und nach griechischem Ritus getauft worden waren. Diese Personen, desgleichen diejenigen, denen ihre griechischen Eltern die lutherische Wottaufe hatten zu teil werden lassen, waren fast ohne Ausnahme ganz lutherisch erzogen worden, hatten mehrere Jahre in den örtlichen Gemeindeschulen evangelischen Religionsunterricht empfangen, hatten immer nur die lutherischen Gottesdienste besucht, standen der griechischen Kirche vollkommen fremd gegenüber und waren nicht imstande, sich hinsichtlich der Lehre und der Gebräuche dieser Kirche irgend eine Vorstellung zu machen und umsoweniger, als die griechische Geistlichkeit nicht die geringste Sorge getragen hatte, ihnen griechischen Religionsunterricht zu teil werden zu lassen oder sie auch nur zum Besuch der griechischen Gottesdienste anzuhalten. Daß nun die lutherischen Prediger verpflichtet gewesen, diese zu Jünglingen und Jungfrauen herangewachsenen Personen, wenn sie zu ihnen in Begleitung ihrer Eltern kamen und um Zulassung zur Konfirmation und zum Abendmahle baten, zurückzuweisen und ihnen zu empfehlen, sich an die griechische Kirche zu wenden und dort das Abendmahl zu genießen, kann gewiß nur jemand behaupten, dem ein positives Religions- und Konfessionsbewußtsein überhaupt fehlt, der für den Gebrauch kirchlicher Sakramente einen denselben entsprechenden aufrichtigen Glauben nicht fordert und der in der

Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche nur etwas rein Äußerliches erblickt, welches mit der wirklichen religiösen Überzeugung gar nichts zu schaffen hat. Den lutherischen Predigern, denen ja bekannt war, daß die griechische Geistlichkeit jedenfalls damals jeden Religionsunterricht für überflüssig erachtete, konnte ein solcher konfessionsloser Standpunkt unmöglich zugemutet werden — und trugen sie daher, von ihrem Gewissen gedrängt, auch nach dem 22. Juli 1874 kein Bedenken, den Bitten jener Jünglinge und Jungfrauen, nach beendetem Konfirmationsunterrichte, auf die Gefahr hin Genüge zu leisten, für ihr Handeln den gesetzlichen Strafen unterzogen zu werden. So nahm denn die Rekonversion ihren Fortgang und zwar ohne daß die Obrigkeit die lutherischen Prediger und die Rekonvertiten zur gesetzlichen Verantwortung zog. Im Jahre 1878 verbreitete sich in Livland die Kunde, daß der Erzbischof von Kasan im Jahre vorher in seinem Eparchialblatte auf Allerhöchsten Befehl folgendes veröffentlicht habe:

„Der zahlreiche Abfall zur Orthodorie gefirmelter Tataren zum Mohamedanismus habe ihn, den Erzbischof, veranlaßt, von dem örtlichen Oberprokureuren die strafrechtliche Verfolgung der Abgefallenen und der sie annehmenden Mullahs zu fordern. Auf Allerhöchste Verfügung habe der Oberprokureur jedoch ihm, dem Erzbischof, eröffnet, daß es der Allerhöchste Wille nicht sei, den Abfall strafrechtlich zu verfolgen. Die griechische Geistlichkeit habe die Abgefallenen auf dem Wege der Belehrung wieder zu gewinnen und diese Allerhöchste Willensmeinung sei im Parochialblatte zu veröffentlichen.“

Aus dieser Kundgebung des Erzbischofs von Kasan wurde in Livland die durch die Natur der Sache gerechtfertigte Konsequenz gezogen, daß, wenn der Übertritt von der griechischen

Kirche zum Muhamedanismus nach kaiserlichem Willen für die Übergetretenen und die sie annehmenden Mullahs eine strafrechtliche Verfolgung nicht begründe, ein gleiches auch hinsichtlich des Übertritts von der griechischen Kirche zu einer anderen christlichen Kirche dem kaiserlichen Willen entsprechen müsse — und da hiermit im vollen Einklang stand, daß die Staatsregierung die damals schon nach vielen Tausenden zählenden Rekonvertiten, die seit dem Jahre 1865 zur lutherischen Kirche zurückgekehrt waren, ungestört in derselben beließ, die in dem Art. 188 des Strafgesetzbuches angedrohten Rechtsfolgen gegen die Rekonvertiten auch nicht in einem Falle zur Anwendung brachte und seit der Suspension der Pastoren Maurach und Mickwitz im Jahre 1866 von gerichtlicher Verfolgung lutherischer Geistlicher wegen Vollziehung von Amtshandlungen an zur griechischen Kirche gehörigen Personen absah; so mußte bei der Öffentlichkeit, mit welcher die Rezeption der Rekonvertiten in den lutherischen Gottesdiensten vollzogen wurde, schon bald nach dem Jahre 1877 in Livland, sowohl bei dem Landvolk als auch bei der Geistlichkeit und den geistlichen und weltlichen Behörden die Überzeugung entstehen, daß Kaiser Alexander II. den Bewohnern Livlands die ihnen in den Kapitulationen und in dem Rysstädter Frieden vertragsmäßig zugesicherte Gewissensfreiheit in vollem Umfange, unter Suspension der damit unvereinbaren Bestimmungen der Kirchenordnung und des Strafgesetzbuches, gewähre. Während die lutherischen Prediger bis zum Jahre 1877 sich immer darauf gefaßt gemacht hatten, für die Rezeption von Rekonvertiten bestraft zu werden, schritten sie nunmehr ohne solche Befürchtung zur Rezeption, in derselben etwas durchaus Erlaubtes, dem Willen des Kaisers nicht Widerstreitendes erblickend.

Nachdem, durch diese Verhältnisse begünstigt, gewiß 8000

cf. 7.47
 bis 9000 formell zu der griechischen Kirche gehörige Personen zur lutherischen Kirche ohne Reaktion der Staatsregierung übergetreten waren, wurden die Ostseeprovinzen plötzlich im August 1885 durch die erschütternde Kunde überrascht, Kaiser Alexander III. habe den den Wegfall des Reversals bei Eingehung gemischter Ehen anordnenden Befehl seines Vaters vom 19. März 1865 aufgehoben. Die Wahrheit dieser Kunde bestätigte sich nur zu bald, denn schon mittels Cirkularbefehls vom 23. August 1885 machte das livländische Konsistorium im Auftrage des Generalkonsistoriums allen Predigern Livlands bekannt:

daß Seine Majestät der Kaiser in Abänderung des geheimen Allerhöchsten Befehls vom 19. März 1865 — betreffend das Nichtfordern der im Art. 67 Band X der Reichsgesetze vorgeschriebenen Reversals bei Schließung von gemischten Ehen in den Ostseegouvernements — am 26. Juli 1885 zu befehlen geruht habe, daß der citierte Art. 67 der Reichsgesetze in den Ostseegouvernements, unter Androhung der Übergabe der Schuldigen an das Kriminalgericht nach Art. 1576 des Strafgesetzbuches ohne Abweichung anzuwenden sei.

Hierdurch war in den Ostseeprovinzen der Grund zu neuer Gewissensnot und zu neuen konfessionellen Wirren gelegt. Die Staatsregierung hat seitdem auf diesem Grunde in einer Art und Weise fortgebaut, die ihre Absicht, die lutherische Kirche und mit ihr alles deutsche Wesen in den Ostseeprovinzen auszurotten, nicht verkennen läßt. In einer Kaiserlichen Verordnung ist die evangelisch-lutherische Kirche als eine nur geduldete bezeichnet worden. Die Errichtung neuer evangelisch-lutherischer Kirchen ist von der Genehmigung des örtlichen griechischen Erzbischofs abhängig gemacht. Ein Expropriationsverfahren, welches nur zu geeignet ist, die lutherischen Kirchen und Schulen im hohen Grade zu schädigen, hat die kaiserliche

Genehmigung gefunden. Von den baltischen Ritterschaften an den Kaiser gerichtete Bittschriften um Restitution der Gewissensfreiheit wurden den Vertretern der Ritterschaften mit der Weisung retradiert, daß dergleichen Gesuche nie mehr an den Thron gebracht werden dürfen. Dem Minister des Innern ist die Befugnis eingeräumt, lutherische Prediger von sich aus, also ohne vorausgängiges gerichtliches Verfahren, vom Amte zu suspendieren. Einem Denuntiationswesen der begravierendsten Art sind Thür und Thor geöffnet. Mehrere lutherische Prediger sind bereits ohne Urteil und Recht von ihren Ämtern suspendiert und auf eine Reihe von Jahren in das Innere des Reiches verbannt, ohne daß die Verbannten wissen, aus welchem Grunde namentlich ihre Suspension und Verbannung im Wege der Kabinettsjustiz, in Rußland „Verwaltungsweg“ genannt, erfolgt sei. Von dem allen soll indes hier nicht näher die Rede sein, wohl aber sollen die Kriminaluntersuchungen, die seit dem Jahre 1885 gegen die meisten livländischen Prediger wegen Vollziehung von Amtshandlungen an wirklich oder vermeintlich zur griechischen Kirche gehörigen Personen eingeleitet worden, in dem nächsten Abschnitt von dem Standpunkte des Rechts eingehend beleuchtet werden.

III.

Gerichtliche Verfolgung lutherischer Prediger in Livland.

„In den letzten Jahren ist eine Reihe von Anklagen wider lutherische Prediger von den Gerichten verhandelt worden, was zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, es liege diesen Anklagen eine Religionsverfolgung zu Grunde. Dieses Gerücht verdankt seinen Ursprung aber nur dem Nebel der

Heimlichkeit, welcher die alten Gerichtsinstitutionen umgab. Um dasselbe zu widerlegen und den Beweis zu liefern, daß von einer religiösen Verfolgung in Rußland keine Rede sei, hat die Prokuratur den Antrag auf öffentliche Verhandlung der vorliegenden Sache gestellt. In den Art. 1, 2 und 4 des Kirchengesetzes sind die Grundprincipien der Stellung des Gesetzes zu den verschiedenen Religionsbekenntnissen zusammengefaßt, aus welchen hervorgeht, daß zwar in Rußland die herrschende Kirche die griechisch-orthodoxe ist, neben ihr aber allen christlichen sowie nichtchristlichen Bekenntnissen volle Freiheit gewährt ist. Nur an der Staatskirche zu rütteln verbietet das Gesetz. Es herrscht somit in Rußland volle Gewissensfreiheit — mehr zu fordern ist ungerecht! . . .“

Obige Auslassungen sind fast wörtlich der Rede entnommen, mit welcher der Procureur Pasnanski den unlängst vom Rigaschen Bezirksgericht zur Verbannung ins Gouvernement Perm verurtheilten Pastor Heim anklagte. In Rußland herrscht also Gewissensfreiheit und mehr zu verlangen wäre ungerecht. Es läßt sich nicht leugnen, die Freiheit, welche obige der Wahrheit ins Angesicht schlagenden Sätze auszusprechen gestattet, ist eine nahezu unbeschränkte, es ist aber nicht Freiheit des Gewissens, sondern die Freiheit der Gewissenslosigkeit. Doch jene Auffassung ist nicht original, sie entspricht durchaus dem vom Oberprocureur Pobedonoszew vor einigen Jahren an die evangelische Allianz und die Prediger von Schaffhausen gerichteten Antwortschreiben, in welchem dieser Staatsbeamte sich nicht scheute, vor der gesamten gebildeten Welt jene Volte zu schlagen, die es vermag, aus der Duldung fremder christlicher und nichtchristlicher Bekenntnisse in Rußland, Religions- d. h. Bekenntnisfreiheit herauszudemonstrieren. Was der große Oberprocureur des Synods thut,

kann man dem kleinen Procureur des Bezirksgerichts gewiß nicht verargen — il est payé pour ça, der Rahmen der Freiheit, in welcher er sich bewegen darf, ist ihm gegeben. Den russischen Unterthanen der geduldeten christlichen und nichtchristlichen Bekenntnisse wäre es aber, das steht für die gebildete Welt fest, trotz jener pathetischen Äußerungen zu wünschen, daß der russische Staat sich endlich zu der relativen Religionsfreiheit durchringe, welche in der von ihm gewohnheitsmäßig im Namen des Glaubens und zur Befreiung angeblich unterdrückter Christen mit dem Schwerte angegriffenen Türkei thatsächlich herrscht. Wenn es somit und angesichts der vielen unumstößlichen und in Europa wohl bekannten Thatfachen von Überfluß sein dürfte, näher auf das Wesen russischer Gewissensfreiheit einzugehen¹⁾, so soll doch in den folgenden Ausführungen der Nachweis erbracht werden, daß die auf der Tagesordnung stehenden Verurteilungen lutherischer Prediger in den Ostseeprovinzen ebensoviele Rechtsbrüche in sich schließen, daß mit anderen Worten die Verurteilten dem Rechte entsprechend handelten, also unschuldig sind. Eine derartige Untersuchung der sich mehrenden Vorgänge in jenen Landen erscheint um so erforderlicher, als die russische Regierung bei ihrer Verfolgung der lutherischen Prediger und der von dem griechischen Glauben Abgefallenen einer neuen Maxime huldigt, welche geeignet ist, falschen Anschauungen über ihre rechtliche Befugnis Vorschub zu leisten. In früherer Zeit nämlich waren administrative Maßregelungen die übliche Art des Vor-

1) Von den verschiedenen diese Materie behandelnden Schriften wollen wir das Buch von Anatole Leroy-Beaulieu, deutsch von L. Bezold, Sondershausen 1887, citieren, weil das Zeugnis des Franzosen, besonders heutigen Tages, als ein klassisches wird angesehen werden müssen, während den deutschen Schriftstellern russischerseits politische und nationale Voreingenommenheit vorgeworfen zu werden pflegt.

gehens; ohne gehört zu werden oder nach einem nur von der politischen Polizei vorgenommenen einseitigen Verhör erfolgte die Beahndung, sei es durch den Kaiser selbst oder durch den Minister des Innern. So wurden die Pastoren Brandt zu Palzmar, Pohrt-Rosenhusen, Harf-Mischeraden u. a. ihrer Ämter entsezt und in die Verbannung geschickt. Dieses asiatisch-despotische Verfahren illustrierte auch dem Fernstehenden das Maß von Gewissensfreiheit, welches in Rußland herrscht, dieser „Nebel der Heimlichkeit“ war es, der schonungslos dunkel erscheinen ließ, was in der That dunkel ist — die russische religiöse Duldsamkeit. Von diesem Wege ist aber die russische Regierung in letzter Zeit abgewichen, sie hat durch ihre sogenannte Justizreform, dieses Blendwerk des absolutistischen Staates, eine Justiz ins Leben gerufen, auf welche sie sich in religiösen und politischen Fragen vollkommen verlassen kann und darum zieht sie es vor, nachdem von ihr durch künstliche Interpretation die Amtsvergehen der Prediger den Konsistorien entzogen worden, die Gerichte anzurufen und die lutherischen Seelsorger auf die Anklagebank der gemeinen Verbrecher zu setzen. An Stelle der früheren in die Augen fallenden Willkür ist scheinbare Legalität getreten. Wie jetzt ein Prediger nach dem anderen schweren Kriminalstrafen unterzogen wird, geht nur zu leicht das ihn von anderen Verbrechern unterscheidende Merkmal verloren, und im öffentlichen Bewußtsein verwißt sich richtige Empfindung dafür, daß hier Rechtsbrüche und Justizmorde begangen werden. Namentlich gilt das für das europäische Publikum, welchem Rußlands Regierung recht gern Sand in die Augen streut. Denn auch das nur platonische Mitgefühl für die bedrängten Stammes- und Glaubensbrüder wird nicht gerne gesehen, während das tatsächliche Eintreten für die Glaubensgenossen von jeher als russisches Privilegium betrachtet wird. Und wie verleitlich

ist es für uns, die wir ruhig zuschauen müssen, was man an deutschen Christen frevelt, wenn wir sie ins Unrecht als Übertreter des Strafgesetzes versehen können, wenn wir uns mit der pharisäischen Formel zu beruhigen vermögen, daß, wer dem Gesetze zuwider gehandelt hat, Strafe leiden müsse. Solchen Verschleierungen der Wahrheit und des Rechtes vorzubeugen, ist der Zweck unserer Ausführungen, wobei vorausgesetzt wird, daß die äußeren Vorgänge der Glaubensbedrückung von der Zeit des Kaisers Nikolaus bis in die Gegenwart den Lesern bekannt seien. —

Nur ein geringer Bruchteil der livländischen lutherischen Prediger ist bisher von einer strafrechtlichen Verfolgung verschont geblieben. Gegen die allermeisten unter ihnen findet eine gerichtliche Verfolgung statt, entweder

1. wegen Verführung zum Abfall von der griechischen Kirche auf Grund des Art. 187 des Strafgesetzbuches oder
2. wegen Zulassung von Personen griechischer Konfession zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus auf Grund des Art. 193 des Strafgesetzbuches oder
3. wegen Taufe von angeblich zur griechischen Kirche gehörigen Kindern nach lutherischem Ritus auf Grund desselben Artikels des Strafgesetzbuches oder endlich
4. wegen Trauung von Nupturienten, von denen ein Teil der griechischen, der andere Teil der lutherischen Kirche beizählt, auf Grund der Art. 1575 und 1576 des Strafgesetzbuches.

In den meisten Fällen werden den einzelnen angeklagten Predigern einige oder gar alle oben angeedeutete Delikte zur Last gelegt.

Um die erhobenen Anklagen ihrer rechtlichen Begründung nach zu prüfen, wäre vor allem die Frage zu beantworten, ob und inwieweit denn die den Anklagen zu Grunde gelegten

Gesetzesartikel in Livland überhaupt Geltung haben. Obwohl nun diese Frage, wie in dem letzten Abschnitt dieser Abhandlung gezeigt werden wird, in sehr wesentlichen Stücken zu verneinen sein dürfte, so soll doch vorläufig die volle Geltung jener Gesetzesartikel angenommen und zunächst nur untersucht werden, ob und inwieweit die den angeklagten Predigern zur Last gelegten Handlungen thatsächlich begründet seien und ob sie sich den angeführten Gesetzesbestimmungen subsummieren lassen.

ad I. Art. 187 des Strafgesetzbuches lautet:

„Wer jemanden zum Übertritt von dem orthodoxen zu einem anderen christlichen Glaubensbekenntnisse verführt, wird verurtheilt zur Entziehung aller besonderen, ihm persönlich und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge und zur Verweisung nach Sibirien oder zur Abgabe in die Arrestantencompagnien nach dem in dem Artikel 31 festgesetzten fünften Grade.“

Dagegen heißt es im Artikel 193 des Strafgesetzbuches wörtlich:

„Geistliche anderer christlichen Glaubensbekenntnisse, welche wissentlich Glieder der orthodoxen Kirche zur Beichte, Communion oder letzten Ölung oder aber deren Kinder zur Taufe oder Confirmation nach ihrem Ritus zulassen, unterliegen hierfür: das erste Mal der Entfernung vom Amte auf eine Zeit von 6 Monaten bis zu 1 Jahre; das zweite Mal aber der Ausschließung aus dem geistlichen Stande und werden unter polizeiliche Aufsicht gestellt.“

Daß in diesen beiden Artikeln von ganz verschiedenen Verbrechen die Rede ist, leuchtet von selbst ein. Das Verbrechen der Verführung zum Abfall kann selbstverständlich von jedermann begangen werden. Das im Art. 193 vorgesehene Verbrechen setzt dagegen als Thäter ausschließlich einen christ-

lichen nichtgriechischen Geistlichen voraus. Zum Begriffe der Verführung zum Abfall gehört notwendig ein positives Einwirken des Verführers auf den Verführten, und zwar ein Einwirken, welches bezweckt und geeignet ist, eine Person griechischer Konfession durch Überredung, Vorspiegelung von Vorteilen u. zum Austritt aus ihrer Kirche zu bewegen. Der Thatbestand des Verbrechens der bloßen Zulassung einer Person griechischer Konfession zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus liegt dagegen schon vor, wenn der betreffende Geistliche die bezeichneten Amtshandlungen an einer Person griechischer Konfession lediglich auf deren Bitten und ohne sie irgendwie zum Abfall angeregt oder in ihrem Vorhaben auch nur bestärkt zu haben, vollzogen hat. Hiernach und in Betracht dessen, daß die Verführung zum Abfall mit dem Verlust aller dem Schuldigen persönlich und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und der Verweisung nach Sibirien bedroht ist, während denjenigen, der dem Artikel 193 des Strafgesetzbuches zuwider handelt, eine ganz andere, viel weniger schwere Strafe treffen soll, erscheint es unmöglich, die beiden hier in Rede stehenden Verbrechen mit einander zu identifizieren und zu behaupten, daß in der bloßen Zulassung einer Person griechischer Konfession zur Konfirmation und zum Abendmahl schon eine Verführung zum Abfall einbegriffen sei. Diese Rechtsbewandtnis im Auge behaltend und demnächst Einsicht nehmend in die die lutherischen Prediger betreffenden Untersuchungsakten, trifft man sogleich auf ein auf den ersten Blick ganz unverständliches Verfahren der livländischen Gouvernements-Regierung. Die auf Befehl der letzteren gegen lutherische Prediger eingeleiteten Untersuchungen stützen sich in der Regel auf Berichte und Requisitionen der griechischen Geistlichkeit, in denen behauptet wird, daß lutherische Geistliche zur griechischen Kirche gehörige Personen zur

Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus zugelassen oder Nupturienten lutherisch getraut haben, von denen ein Theil sich zur griechischen Konfession bekennt. Davon, daß die lutherischen Geistlichen irgend welche Handlungen, die als Verführung zum Abfall gedeutet werden könnten, vollzogen hätten, ist in jenen Berichten und Requisitionen mit keiner Silbe die Rede. Nichtsdestoweniger hat die livländische Gouvernements-Regierung in ihren wegen Eröffnung von Kriminaluntersuchungen an die zuständigen Polizeibehörden gerichteten Befehlen in den meisten Fällen, in denen es sich um gesetzwidrige Zulassung zur Konfirmation und zum Abendmahl oder um gesetzwidrige Trauung von gemischten Paaren handelte, ausgesprochen, daß die Untersuchung zu richten sei, nicht allein auf ein Zuwiderhandeln wider die Artikel 193 und 1576 des Strafgesetzbuches (der letztere Artikel handelt über gesetzwidrige Trauung), sondern in erster Linie auch auf ein Zuwiderhandeln wider den über Verführung zum Abfall handelnden Art. 187 des Strafgesetzbuches. Die in Untersuchung gezogenen lutherischen Prediger protestierten in den Ordnungs- und Landgerichten, denen damals die Voruntersuchung und die Specialinquisition in Kriminalsachen oblag, gegen die Verhandlung der Sachen vor den weltlichen Gerichten, weil es sich um von lutherischen Geistlichen angeblich begangene Amtsvergehen handele, die Untersuchung und Aburteilung derselben aber nach den §§ 359, 444 Punkt 18, 474, 460 Punkt 1 und 464 Punkt 3 der Kirchenordnung ausschließlich den geistlichen Gerichten (Konsistorium und Generalkonsistorium) kompetiere. Die weltlichen Gerichte und unter diesen auch das damals noch bestehende livländische Hofgericht erkannten die vorgeschlagte Kompetenzeinrede für begründet an und verfügten, daß jene Untersuchungsfachen dem livländischen Konsistorium zu überweisen seien. Der Senat, an den die Zustän-

digkeitsfrage in Folge Protestes der Prokuratur gelangte, entschied, daß die weltlichen Gerichte für die fraglichen Untersuchungsachen zuständig seien. Soviel bekannt, ist diese Entscheidung mit der Erwägung motiviert, daß die höchste Strafe, welche die geistlichen Gerichte über lutherische Prediger wegen Amtsvergehen zu verhängen befugt sind, nach dem § 360 der Kirchenordnung in der Amtsentsetzung und damit verbundenem Verlust der geistlichen Würde besteht, die der Annahme von Rekonvertiten bezichtigten Geistlichen aber unter anderem auch der Verführung zum Abfall, also eines Verbrechens angeschuldigt seien, das außerhalb der Strafgerichtsbarkeit der geistlichen Gerichte liegt und ebendeshalb nur von den weltlichen Behörden beurteilt werden kann. Wenn nun oben gezeigt wurde, daß die Zulassung von Personen griechischer Konfession zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus eine Verführung zum Abfall nicht involviere — und wenn in den betreffenden Untersuchungen kein Thatumstand zur Sprache gebracht worden, der zu der Vermutung, daß die angeschuldigten Prediger sich der Verführung zum Abfall schuldig gemacht haben, berechtigt, so läßt sich kaum verkennen, daß die Existenz solcher Thatumstände von der livländischen Gouvernements-Regierung und dem Senat willkürlich fingiert worden, um die Verhandlung und Entscheidung der die lutherischen Geistlichen betreffenden Sachen den geistlichen Gerichten zu entziehen und sie den weltlichen Gerichten in die Hände zu spielen. Ein konkretes Beispiel mag die Konsequenzen dieser Willkür veranschaulichen.

In einer Beschwerdeschrift des örtlichen griechischen Geistlichen wurde der Pastor K. beschuldigt, mehrere angeblich zur griechischen Kirche gehörige Personen konfirmiert und zum Abendmahl zugelassen und ein gemischtes Paar getraut zu haben. Handlungen, die gegen den Pastor K. einen auch noch

so gewagten Verdacht wegen Verführung zum Abfall hätten begründen können, waren in der Beschwerdeschrift nicht einmal angedeutet, geschweige denn behauptet. Nichtsdestoweniger befahl die livländische Gouvernements-Regierung dem damals zuständigen Ordnungsgerichte, gegen den Pastor X. eine Kriminaluntersuchung auf Grund der Art. 187, 193 und 1576 des Strafgesetzbuchs einzuleiten, also auch wegen Verführung zum Abfall. In letzterer Beziehung ergab sich in der Untersuchung, wie von Haus aus feststand, gar nichts, und hat daher die Prokuratur in ihrer nach geschlossener Untersuchung angefertigten formellen Anklageschrift von dem Art. 187 abgesehen und auf Bestrafung des Pastor X. wegen Verführung zum Abfall nicht angetragen. Daraus folgt, daß in der bevorstehenden mündlichen Hauptverhandlung von dem Pastor die Kompetenzeinrede wieder mit gutem Grunde vorgeschützt und die Nichtigkeit der von unzuständigen Gerichten geführten Untersuchung behauptet werden kann, indem ja das livländische Konsistorium für die in den Art. 193 und 175 vorgesehenen Verbrechen (Amtshandlungen an Personen griechischer Konfession und Trauung gemischter Paare) ausschließlich zuständig ist. Der Prozeß gegen den Pastor X. schwebt noch bei dem St. Petersburger Appellationsgerichte. Ob dasselbe den Mut haben wird, die unzweifelhaft begründete Kompetenzeinrede anzuerkennen, wird die Zukunft lehren.

Proselytenmacherei liegt der evangelisch-lutherischen Kirche grundsätzlich fern und ist auch von der livländischen lutherischen Geistlichkeit, wie die Geschichte der Rekonversion beweist, nicht geübt worden — und um so weniger, als sie 16 Jahre mit ihrem Gewissen gekämpft hat, ehe und bevor sie sich entschloß, den flehenden Bitten der Konvertiten um Wiederaufnahme in die lutherische Kirche Gehör zu geben. Verführung zum Abfall hat voraussichtlich in keinem Falle stattgefunden und wird

daher der Art. 187 des Strafgesetzbuchs hoffentlich in der Verfolgung der lutherischen Prediger keine die Sache selbst betreffende Rolle spielen.

ad II. Die Personen, für deren Zulassung zur Konfirmation und zum Abendmahl lutherische Prediger in Anklagestand versetzt sind, zerfallen :

1. in solche, die lutherisch getauft und konfirmiert, später aber freiwillig von der lutherischen zur griechischen Kirche übergetreten sind;

2. in solche, die, obwohl lutherisch getauft, in ihrem Kindesalter, sei es mit, sei es ohne Zustimmung ihrer Eltern gefirmelt und dadurch der griechischen Kirche einverleibt worden — ferner

3. in solche, die von griechischen Eltern abstammend, nach griechischem Ritus getauft worden — und endlich

4. in solche, denen, ob schon sie von griechischen Eltern abstammen, doch eine lutherische Nottaufe dem Gesetze zuwider auf Veranstaltung der Eltern zu Teil geworden.

Die gänzliche Grundlosigkeit derjenigen Anklagen, die gegen lutherische Prediger deshalb erhoben sind, weil sie Personen der ersten der obigen 4 Kategorien vor dem 22. Juli 1874 zum Abendmahl nach lutherischem Ritus zugelassen haben, leuchtet von selbst ein, indem ja schon Kaiser Alexander II. die gerichtliche Verfolgung dieser Fälle definitiv verboten. Nach dem 22. Juli 1874 sind nur sehr wenige Personen der ersten Kategorie zum Abendmahl nach lutherischem Ritus zugelassen worden, weil die meisten der in den Jahren 1845 und 1846 in großjährigem Alter von der lutherischen Kirche abgefallenen Individuen im Juli 1874, entweder verstorben oder bereits zu letztgedachter Kirche zurückgekehrt oder zu dem Entschlusse gelangt waren, in der griechischen Kirche zu verbleiben. Eben darum sind fast alle auf den Art. 193 des Strafgesetzbuchs

buchs gegründete Anklagen in Veranlassung dessen erhoben worden, daß lutherische Prediger Personen, die einer der oben unter den Ziffern 2, 3 unter 4 bezeichneten Kategorien beizählen, nach dem 22. Juli 1874 zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischen Ritus zugelassen haben. Durch diese Handlung wird das im Art. 193 vorgesehene Verbrechen selbstverständlich nur unter der Voraussetzung begangen, daß die zur Konfirmation und zum Abendmahl zugelassene Person ein effektives Glied der griechischen Kirche ist. Als wirkliche Glieder dieser Kirche können doch nur Personen angesehen werden, die entweder das Abendmahl nach griechischem Ritus genossen oder nach demselben getauft oder mit dem Chrisma gesalbt worden. Die gesetzliche Vorschrift, daß diese Sakramente der griechischen Kirche an einer Person zu vollziehen seien, genügt selbstverständlich an und für sich noch nicht zur Begründung der Zugehörigkeit derselben zu besagter Kirche. Hieraus folgt zwar, daß beiderseits griechische Eltern, wenn sie an aus ihrer Ehe hervorgegangenen Kindern, anstatt sie nach griechischem Ritus taufen und firmeln zu lassen, die Nottaufe nach lutherischem Ritus vollziehen, der im Art. 193 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Strafe unterliegen; dagegen kann aber nicht behauptet werden, daß jene Kinder, da ihnen eben nur die lutherische Nottaufe zu Teil geworden, als wirkliche Glieder der griechischen Kirche angesehen werden können. Werden nun diese Kinder, nachdem sie herangewachsen, von einem lutherischen Prediger zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus angenommen, ehe und bevor sie freiwillig oder zwangsweise gefirmelt worden oder zum Abendmahl nach griechischem Ritus geschritten, so hat der lutherische Prediger die erwähnten Amtshandlungen jedenfalls nicht an jemand vollzogen, der wie der Art. 193 doch als *conditio sine qua non* voraussetzt, bereits in Wirklich-

keit zur griechischen Kirche gehört, woraus von selbst folgt, daß lutherische Prediger wegen Vollziehung der gedachten Amtshandlungen an den oben unter Ziffer 4 bezeichneten Personen auf Grund des Art. 193 nicht verurteilt werden dürfen.

Was demnächst die Anklagen wegen Zulassung der im unreifen Alter gesirmelten, wie der bald nach ihrer Geburt nach griechischem Ritus getauften Personen (Kategorie 2 und 3) zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus betrifft, so haben die durchgeführten Untersuchungen wohl ohne Ausnahme zweierlei ergeben, nämlich:

1. daß die griechische Geistlichkeit sich um diese Personen nicht gekümmert, sie weder zum Besuch der Gottesdienste der griechischen Kirche, noch zum Genuß des Abendmahls in derselben, noch zur Beobachtung der Fasten und zur Verehrung der Heiligen und Reliquien angehalten, noch auch für ihre Unterweisung in der griechischen Konfessionslehre irgend wie Sorge getragen und

2. daß jene Personen, wie schon oben gesagt worden, von ihren meist zur lutherischen Kirche zurückgetretenen Eltern eine durchaus lutherische Erziehung genossen, so daß sie nach Erreichung konfirmationsfähigen Alters die Elemente der lutherischen Konfessionslehre in nicht geringerem Umfange, als solches bei den von lutherischen Eltern abstammenden und lutherisch getauften Konfirmanden der Fall war, in sich aufgenommen hatten, während die Lehre, die Liturgie und die Gebräuche der griechischen Kirche ihrem religiösen Bewußtsein vollkommen fremd geblieben waren.

Was sollten nun die lutherischen Prediger unter so bewandter Sachlage thun, wenn die in Rede stehenden Personen unter Zustimmung ihrer Eltern um Zulassung zum Konfirmationsunterrichte resp. zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus baten? Eine Zurückweisung

der Bittenden, verbunden mit dem Hinweis darauf, daß dieselben in der griechischen Kirche die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse zu suchen hätten, war vom Standpunkte der lutherischen Geistlichkeit, wie vom Standpunkte jedes gewissenhaften Mannes schlechterdings ausgeschlossen. Einmal, weil die Bittenden durch Zurückweisung ihrer Bitte in das Dilemma versetzt worden wären, entweder die Sakramente der griechischen Kirche ohne Glauben an dieselben, also sich zum Gerichte zu genießen, oder aber thatsächlich aus jeder kirchlichen Gemeinschaft auszuscheiden und nach und nach gänzlicher Irreligiosität anheim zu fallen. Sodann, weil den Bittenden kein Weg offen stand, auf dem sie sich das griechische Glaubensbekenntnis aneignen konnten, da ja in der griechischen Kirche weder eine Konfirmation, noch auch ein derselben vor-
ausgehender Unterricht stattfindet. Eben dieser offenkundige Konflikt zwischen dem Gewissen der angeklagten Prediger und dem Buchstaben des Gesetzes hatte Kaiser Alexander II. bewogen, von seinem jus aggratiandi Gebrauch zu machen und den obengedachten Befehl vom 22. Juli 1874 zu erlassen — und da derselbe Konflikt auch jetzt noch recht eigentlich die Wurzel ist, aus welcher das Zuwiderhandeln der in Untersuchung gezogenen Prediger wider den Art. 193 des Strafgesetzbuchs mit Notwendigkeit hervorgewachsen ist, so würde Kaiser Alexander III. gewiß nur eine That ausgleichender Gerechtigkeit vollbringen, wenn er sich entschließen wollte, dem leuchtenden Beispiele seines Vaters zu folgen.

Aber selbst, wenn er einem solchen Entschlusse fern bleiben und die Gerichte nöthigen würde, über die angeschuldigten Prediger nach positivem Strafrecht zu urteilen, müßte eine Verurteilung derselben rechtswidrig erscheinen.

Nach dem Art. 188 des Strafgesetzbuchs sollen die von dem orthodoxen zu einem anderen christlichen Glaubensbekennt-

nisse Übergetretenen der geistlichen Obrigkeit zugesandt werden, um von derselben ermahnt und zur Einsicht über ihre Handlungsweise gebracht zu werden und damit dieselbe mit ihnen nach den kirchlichen Vorschriften verfare. Um die unmündigen Kinder der Übergetretenen vor dem Abfalle zu behüten, sollen gegen die letzteren von der Obrigkeit gewisse gesetzlich vorgeschriebene Maßregeln ergriffen werden. Besitzen die Übergetretenen Landgüter, auf denen Glieder der griechischen Kirche leben, so dürfen sie sich auf ihren Landgütern nicht aufhalten, letztere müssen vielmehr unter Kuratel-Verwaltung gestellt werden. Diese Bestimmungen stehen in engem Zusammenhange mit dem Art. 193, denn würde der Abfall von der griechischen Kirche ein erlaubter sein, so würde der Art. 193 von selbst hinwegfallen, da es eine *contradictio in adjecto* wäre: den Übertritt von der griechischen zu einer anderen christlichen Kirche freizugeben, den Geistlichen der letzteren Kirche aber die Vollziehung von Amtshandlungen an den Übertretenden zu verbieten.

Bergegenwärtigt man sich nun, daß in der Zeit von 1865 bis 1885 gewiß bis 90 000 Übertritte von der griechischen zur lutherischen Kirche in den öffentlichen Gottesdiensten der letzteren in Livland stattgefunden haben, die Obrigkeit aber, ob schon sie stets von diesen Übertritten Kenntnis gehabt, im Laufe von 20 Jahren auch nicht gegen eine der übergetretenen Personen die im Art. 188 des Strafgesetzbuchs vorgeschriebenen Zwangs- und Belehrungsmaßregeln ergriffen, die Übergetretenen vielmehr unbehelligt im Schoße der lutherischen Kirche belassen, auch bis zum Jahre 1885 zu keiner Einschärfung des Art. 188 des Strafgesetzbuchs geschritten, so läßt sich nicht verkennen, daß in diesem Verhalten der Obrigkeit eine bewußte Suspension des obengedachten Artikels und somit bis auf weiteres auch die Erlaubnis zum Übertritt von der griechischen zur lutherischen Kirche enthalten

war. Daß aber die Suspension des Art. 188 auch die Suspension des Art. 193 des Strafgesetzbuchs in sich begriff, folgte nicht allein aus der Natur der Sache, sondern ergab sich unverkennbar auch aus dem kaiserlichen Befehl vom 22. Juli 1874, aus dem den kaiserlichen Willen bekundenden Erlaß des Erzbischofs von Kasan vom Jahre 1877 und vor allem aus der feststehenden Thatfache, daß seit der Verurteilung der Prediger Maurach und Mickwitz im Jahre 1866 bis zum Jahre 1885, also im Laufe von 19 Jahren gegen keinen lutherischen Prediger Livlands ein Strafverfahren wegen Zulassung von formell der griechischen Kirche beizählenden Personen zur Konfirmation und zum Abendmahl nach lutherischem Ritus eingeleitet worden. Jeder Zweifel daran, daß dieses Verhalten dem kaiserlichen Willen entsprochen, würde nicht allein durch die Geschichte der Rekonversion beseitigt werden, sondern würde auch einen unstatthaftern Vorwurf gegen die Organe der Staatsregierung enthalten. Oder ist es etwa denkbar, daß die griechische Geistlichkeit, der Erzbischof von Riga und Mitau, der dirigierende Synod, die weltlichen Behörden Livlands und unter diesen insbesondere die speciell mit der Überwachung der Unverletzlichkeit der Gesetze betrauten Staatsorgane (Gouverneure, Procureure 2c.) ohngeachtet ihrer unzweifelhaften Kenntnis dessen, daß fast in allen Kirchspielen Livlands von den lutherischen Predigern sonntäglich mehr oder weniger zahlreiche Zuwiderhandlungen wider den Art. 193 des Strafgesetzbuchs vollzogen wurden, diese 19 Jahre lang ohne Unterbrechung fortgesetzten Gesetzeswidrigkeiten ohne die geringste Reaction gegen dieselben geduldet hätten, wenn sie nicht mit voller Bestimmtheit gewußt hätten, daß Seine Majestät der Kaiser den Bewohnern Livlands, unter Suspension der Art. 188 und 193 des Strafgesetzbuchs und der entsprechenden Bestimmungen des Kirchengesetzes, unbeschränkte Gewissensfreiheit gewähre und

somit auch den Übertritt von der griechischen zur lutherischen Kirche jedenfalls bis auf weiteres gestatte?

Wann sich nun hiernach nicht verkennen läßt, daß die Wirksamkeit auch des Art. 193 des Strafgesetzbuchs kraft Kaiserlichen Willens in Livland während der Zeit von 1866 bis 1885 thatsächlich suspendiert gewesen — und wenn die Monarchen Rußlands zweifellos auch berechtigt erscheinen, die Wirksamkeit eines Gesetzes, sei es für das ganze Reich, sei es für ein gewisses Gebiet, auf kürzere oder längere Zeit zu suspendieren, so folgt aus obigem von selbst, daß alle auf Grund des Art. 193 des Strafgesetzbuchs gegen lutherische Prediger Livlands deshalb erhobene Anklagen, weil sie Amtshandlungen der gedachten Art in der Zeit von 1874 bis 1885 oder genauer in der Zeit vom 22. Juli 1874 bis zum 30. August 1885 vollzogen haben, ihr Ziel nothwendig verfehlen und mit Freisprechung der Angeeschuldigten enden müssen, da sie auf ein Gesetz gegründet sind, welches in jener Zeit außer Kraft gesetzt gewesen und da der Wiederbelebung dieses Gesetzes im Jahre 1885 doch nicht rückwirkende Kraft zugeschrieben werden darf. Der Umstand, daß die Suspension des Art. 193 des Strafgesetzbuchs nicht in einem in Livland zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Kaiserlichen Befehl ausgesprochen, sondern nur aus konfludenten Handlungen entnommen worden, kann wohl das Wesen der Sache überhaupt nicht berühren und umfoweniger, als sich einerseits nicht bezweifeln läßt, daß Kaiser Alexander II. die einstweilige Unanwendbarkeit des Art. 193 des Strafgesetzbuchs jedenfalls mündlich angeordnet habe und als andererseits die Suspension einer gesetzlichen Bestimmung nach Art. 166 der Reichsgesetze nicht zu den Fällen gehört, in denen mündliche Befehle des Kaisers keine Gültigkeit haben sollen. Ueberdies wird gewiß kein Unparteiischer bei Berücksichtigung der Geschichte der Rekonversion bezweifeln, daß die

gesetzgebende Gewalt selbst und deren Organe es gewesen, welche durch ihr vieljähriges Verhalten in der Bevölkerung Livlands und der lutherischen Geistlichkeit dieser Provinz die Überzeugung groß gezogen, daß der Übertritt von der griechischen zur lutherischen Kirche in Livland obrigkeitlich erlaubt sei. Angesichts dieser Thatfache müßte es aber als unerhörter Justizmord angesehen werden, wenn die vielen jetzt auf Grund des Art. 193 des Strafgesetzbuchs angeklagten lutherischen Prediger für dieselben Handlungen zu schweren Strafen verurteilt werden sollten, die ihnen bis zum Tode des Kaisers Alexander II. und später durch dessen Sohn und Nachfolger bis zum 30. August 1885 offenkundig gestattet gewesen.

Auf die hier dargelegten Rechtsgrundsätze und nicht darauf, ob die Bestrafung der angeblich schuldigen Geistlichen durch bereits eingetretene Verjährung oder infolge des Gnadenmanifestes vom 15. Mai 1883 ausgeschlossen sei, dürfte es ankommen, denn es ist gewiß, daß die Geistlichkeit die Übergetretenen auch nach Ablauf der Verjährungsfrist und nach Veröffentlichung des Gnadenmanifestes mit den Sakramenten der lutherischen Kirche bedient hat, sie mit denselben auch noch gegenwärtig bedient und so besagtes Verbrechen sonntäglich von Neuem begeht. Wie es scheint, ignoriert die Prokuratur diesen notorischen Umstand geflissentlich, denn sie läßt die Berufung auf die Verjährung und das Gnadenmanifest gelten und beantragt die Bestrafung auf Grund des Art. 193 nur in den sehr wenigen Fällen, wo die erste Kontravention der Angeklagten weder durch Verjährung, noch durch das Gnadenmanifest gedeckt ist. Dies Verhalten ist so auffallend, daß es zu der Vermuthung berechtigt, man wolle trotzdem, daß alle auf Grund des Art. 193 des Strafgesetzbuchs angeschuldigten Prediger in gleichem Maße schuldig sind, doch nur einige wenige unter denselben einer Bestrafung unterziehen, um da-

durch die anderen in Zukunft von Vollziehung von Amtshandlungen an Rekonvertiten abzuschrecken. Diese, ja schon im Jahre 1872 von dem Minister des Innern beobachtete, politische Maxime wird sich ohne Zweifel fruchtlos erweisen, denn die lutherischen Prediger werden auch in Zukunft ihrer Amt- und Gewissenspflicht treu bleiben, und die Rekonvertiten und die nominell der griechischen Kirche beizählende, jedoch in allen Stücken lutherisch erzogene Jugend werden es darauf ankommen lassen, ob die Staatsregierung sie durch Militär in die griechischen Kirchen treiben und sie dort zum Genuß des Abendmahls zwingen werde. Solange die Obrigkeit sich zu dieser Barbarei nicht entschließt, ist die livländische lutherische Geistlichkeit schon durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, an ihrer bisherigen Praxis unentwegt festzuhalten.

ad III. Bei der obigen Erörterung der auf den Art. 193 des Strafgesetzbuchs gegründeten Anklagen ist davon abgesehen, daß derselbe auch vorschreibt, daß Geistliche anderer christlichen Glaubensbekenntnisse der in eben jenem Art. 193 vorgesehenen Strafe unterliegen sollen, wenn sie Kinder orthodoxer Eltern nach dem Ritus ihrer (der Geistlichen) Confession taufen. Diese Vorschrift läßt gänzlich unentschieden, ob die angedrohte Strafe nur dann Platz greifen solle, wenn beide Eltern der getauften Kinder griechischer Confession sind, oder auch unter der Voraussetzung zu verhängen sei, wenn ein Patens Glied der griechischen, der andere Patens dagegen Glied einer anderen christlichen Kirche ist. Der Art. 190 des Strafgesetzbuchs beseitigt diesen Zweifel keineswegs, denn er bestimmt nur, wie „Eltern, welche durch das Gesetz verpflichtet sind, ihre Kinder in der Lehre der orthodoxen Kirche zu erziehen, sie aber nach dem Ritus eines anderen christlichen Bekenntnisses taufen oder ihnen die übrigen Sakramente erteilen“ — zu bestrafen seien, läßt jedoch wiederum die Frage offen, ob und unter

welchen Voraussetzungen in sogenannter gemischter Ehe lebende Ehegatten zur Taufe ihrer Kinder nach griechischem Ritus verpflichtet seien. Für eine Beantwortung dieser Frage ist im Strafgesetzbuch nirgends Sorge getragen und ist man daher genötigt, die Reichscivilgesetze zu Rathe zu ziehen. Bei Durchsicht derselben ergiebt sich, daß zwar eine Bestimmung, wonach aus gemischter Ehe stammende Kinder, wenn der eine Parent der griechischen Kirche angehört, nach dem Ritus der letzteren zu taufen seien, dem russischen Rechte fremd ist, daß aber Peter der Große am 18. August 1721 einen Ukas erlassen, der den im nordischen Kriege in russische Kriegsgefangenschaft gerathenen Schweden lutherischer Konfession die Verheirathung mit Personen orthodoxer Konfession unter der Bedingung gestattet, wenn sie sich vor der Trauung durch Unterzeichnung eines Reversals verpflichten, ihre Kinder nach dem Ritus der orthodoxen Kirche taufen zu lassen und sie in der Lehre derselben zu erziehen — und daß dieser Ukas später auch auf andere Protestanten, wenn sie mit Personen griechischer Konfession Mischehen eingingen, angewandt und im Jahre 1832 bei Kodifikation der Reichsgesetze in dem Art. 67 des russischen Privatrechts (Band X. Teil I.) folgende Fassung erhalten hat:

„Wenn der Bräutigam oder die Braut zur rechtgläubigen Konfession gehört, so wird in diesem Falle überall, außer in Finnland, verlangt, daß die Personen anderen Bekenntnisses, welche mit Personen rechtgläubigen Bekenntnisses in die Ehe treten, ein Reversal darüber geben, daß . . . die in dieser Ehe geboren werdenden Kinder getauft und erzogen werden nach dem Ritus des rechtgläubigen Bekenntnisses. Dieses Reversal wird von dem Geistlichen vor Vollziehung der Ehe angenommen.“

Obwohl dieser Vorschrift durch die Worte „überall außer in Finnland“ eine Beziehung auch auf die Ostseeprovinzen

gegeben war, so wurde sie doch daselbst bis zum Jahre 1864 nicht beachtet, theils weil der das russische Privatrecht enthaltende Band X. der Reichsgesetze in den Ostseeprovinzen weder Geltung hatte, noch auch daselbst zur Nachachtung publiziert worden, theils weil der Art. 251 des Kirchengesetzes vom Jahre 1832 die Taufe aus Mischehen entsprossener Kinder nach lutherischem Ritus, selbst wenn der eine Parens griechischer Konfession ist, von Einholung obrigkeitlicher Erlaubnis abhängig macht. Im Jahre 1864 war die Codifikation des Privatrechts der Ostseeprovinzen vollendet. Gleich in dem ersten Artikel desselben (Teil III. des Prov. Rechts) findet sich die Bestimmung:

„Ehen von Personen orthodox-griechischer Konfession werden geschlossen und aufgelöst auf Grund der Regeln, welche im ersten Buche des allgemeinen Reichscivilgesetzbuches enthalten sind.“

In den Ostseeprovinzen war man anfangs zwar geneigt, diese Gesetzesbestimmung so aufzufassen, als beziehe sie sich nur auf Ehen, die von Personen griechischer Konfession unter einander geschlossen worden; allein, da als Quelle dieser Bestimmung die Art. 1—78 des Band X. Teil I. der Reichsgesetze angegeben sind, unter den angezogenen Artikeln sich aber auch der die Ausstellung des Reversals bei Eingehung von Mischehen vorschreibende Art. 67 befindet, so konnte man sich nicht verhehlen, daß letzterer durch die Publikation des III. Teils des Provinzialrechts in rechtsförmlicher Weise auf die Ostseeprovinzen ausgedehnt sei. Die verhängnisvolle Tragweite dieser Thatsache erkennend, wandten sich die Vertreter des Landes und der Geistlichkeit mit dringenden Vorstellungen an den Kaiser Alexander II. und dieser sah sich theils infolge derselben und der hochgradigen Aufregung, die im Lande entstanden war, vor allem aber infolge der Einwirkung des

Grafen Bismarck bewogen, am 19. März 1865, wie bereits erwähnt, zu befehlen, „daß in den Ostseeprovinzen bei Schließung von Ehen zwischen Personen rechtgläubiger und protestantischer Konfession in Zukunft die in dem Art. 67 des X. Bandes der Reichsgesetze festgesetzten, vor der Trauung auszustellen- den Reversale, betreffend die Taufe und Erziehung der aus solchen Ehen entsprungenen Kinder nach der Lehre der rechtgläubigen Konfession, nicht zu fordern seien.“

Zwanzig Jahre später, nämlich am 8. Juli 1885, hob Kaiser Alexander III., wie gleichfalls schon bemerkt worden, den Befehl seines Vaters vom 19. März 1865 auf und ordnete ausdrücklich an, daß der das Reversal betreffende Art. 67 der Reichs-civilgesetze in den Ostseeprovinzen fortan volle Geltung haben solle.

Bei Berücksichtigung dieser rechtsgeschichtlichen Momente hat die Beurteilung der Anklagen, die gegen lutherische Prediger Livlands wegen gesetzwidriger Taufe erhoben worden, keineswegs mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese Anklagen sind erhoben wegen lutherischer Taufe entweder

1. von Kindern, die von beiderseits griechischen Eltern abstammen oder

2. von Kindern, die aus Mischehen zwischen Protestanten und Griechen in der Zeit vom 19. März 1865 bis zum 30. August 1885 entsprossen sind und endlich

3. von Kindern, die aus nach dem 30. August 1885 geschlossenen Mischehen herstammen.

ad I. Daß Prediger, die an den unter Ziffer 1 bezeichneten Kindern die lutherische Taufe vollzogen haben, der im Art. 193 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Strafe unterliegen, ergiebt sich nicht allein aus dieser Gesetzesbestimmung, sondern auch aus dem § 390 der Kirchenordnung (Ausgabe vom Jahre 1881), es sei denn, daß ihr Vergehen verjährt ist oder unter das Gnadenmanifest vom 15. Mai 1883 fällt.

ad II. Es wurde oben schon bemerkt, daß ein allgemeines Gesetz, welches in Mißhehen lebenden christlichen Ehegatten dann, wenn einer derselben der griechischen Kirche angehört, zur Taufe und Erziehung ihrer aus solcher Ehe entsprossener Kinder nach der Lehre der griechischen Konfession verpflichtet, in Rußland weder jemals bestanden hat, noch gegenwärtig besteht. Hieraus folgt, daß dergleichen Verpflichtung einem in bezeichneter Mißhehe lebenden Protestanten einzig und allein daraus erwachsen kann, daß er vor seiner Trauung das im Artikel 67 des X. Bandes der Reichsgesetze vorgeschriebene Reversal unterzeichnet. Wenn nun von Protestanten, die in der Periode vom 19. März 1865 bis zum 30. August 1885 mit Personen griechischer Konfession Ehen eingegangen, Reversale des gedachten Inhalts nach dem kaiserlichen Befehl vom 19. März 1865 nicht gefordert werden durften und von ihnen auch nicht ausgestellt worden sind, und wenn ferner das livländische Konsistorium in Übereinstimmung mit dem Provinzialrecht den Predigern Livlands mittelst Cirkularbefehls vom 21. Januar 1866 eine von dem Minister des Innern erlassene Instruktion eröffnet hat, inhalts welcher aus jenen Ehen entsprossene Kinder vom lutherischen Geistlichen nach dem Ritus der evangelischen Kirche getauft und nach den Vorschriften dieses Glaubens erzogen werden dürfen, ohne daß die Prediger Gefahr laufen, für Vollziehung von Amtshandlungen an solchen Kindern in Strafe genommen zu werden: so ist gewiß, daß die hier in Rede stehenden Anklagen jeder rechtlichen Grundlage ermangeln. Die Erhebung einer Anklage in einem derartigen Falle ist in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen Auseinandersetzung des Konsistoriums sogar von der Prokuratur in Kurland verweigert worden. Zugleich versteht sich von selbst, daß darauf, ob jene Kinder vor dem 30. August 1885 oder später geboren sind, nichts ankommt,

da der protestantische Parent ein Reversal nicht unterzeichnet hat und der am 26. Juli 1885 erlassene, aber erst am 30. August in Livland publizierte kaiserliche Befehl selbstverständlich auf früher, ohne Zeichnung eines Reversals geschlossene Mischehen nicht bezogen werden kann.

ad III. Ausweislich des Artikels 190 des Strafgesetzbuchs sollen Eltern, welche „durch das Gesetz verpflichtet sind“, ihre Kinder nach der Lehre der orthodoxen Kirche zu erziehen, sie aber nach dem Ritus einer anderen christlichen Konfession taufen lassen, zu Gefängnishaft auf die Zeit von 8—16 Monaten verurteilt werden. Dieserhalb kann wohl unbedenklich angenommen werden, daß lutherischen Geistlichen die Taufe eben nur derjenigen Kinder unbedingt verboten sei, deren Eltern durch das Gesetz verbunden sind, ihre Kinder nach der Lehre der griechischen Kirche zu erziehen. Obgleich nun erst nach dem 30. August 1885, also nach erfolgter Unterzeichnung des vorschriftsmäßigen Reversals mit einer Person griechischer Konfession getraute Protestanten unzweifelhaft zur Erziehung ihrer aus solcher Ehe entsprossenen Kinder in der Lehre der orthodoxen Kirche verpflichtet sind, so fragt sich doch, ob diese Verpflichtung eine gesetzliche d. i. eine durch ein Gesetz begründete sei. Wer sich streng an die Ausdrucksweise des Artikels 190 des Strafgesetzbuchs hält, wird sich zur Verneinung dieser Frage genötigt sehen, denn obgleich die das Reversal betreffende Vorschrift jeden Protestanten, der eine Person griechischer Konfession zu heiraten geneigt ist, in die schwere Versuchung führt, die ihm etwa künftig geschenkten Kinder von Haus aus religiöser Sklaverei zu überliefern, so ist sein freier Wille durch jene Vorschrift doch noch nicht aufgehoben, da er immerhin in der Lage ist, die beabsichtigte Heirat ganz aufzugeben. Vollzieht er die Heirat dennoch nach Unterzeichnung des Reversals, so wird er zur Erziehung seiner

Kinder in der Lehre der griechischen Konfession nicht durch das Gesetz, sondern durch ein von ihm freiwillig abgelegtes Gelübde verpflichtet und kann mithin, wenn er seine Kinder nichtsdestoweniger in der Lehre der lutherischen Kirche erzieht, jedenfalls nicht auf Grund des Artikels 190 des Strafgesetzbuchs bestraft werden, ja er dürfte eine Bestrafung überhaupt nicht zu befürchten haben, weil sich im Strafgesetzbuche schwerlich eine Bestimmung auffinden läßt, welche den Bruch eines Privatgelübdes mit Strafe bedroht. Auf der anderen Seite muß man sich darauf gefaßt machen, daß die Gerichte die durch Unterzeichnung des Reversals begründete Verpflichtung vielleicht gerade deshalb, weil der Unterzeichner sie in Veranlassung des auf ihn durch das Gesetz (i. e. durch den Artikel 67 des Band X der Reichsgesetze) ausgeübten psychologischen Zwanges übernommen, als gesetzliche Pflicht betrachten und demgemäß die in den Artikeln 193 und 190 des Strafgesetzbuchs festgesetzten Strafen über die Schuldigen verhängen werden. Einen wirklich begründeten Vorwurf gegen den Richter wird aber niemand daraufhin erheben dürfen. Denkt man sich dagegen den Fall, daß Nupturienten, von denen ein Teil der lutherischen, der andere Teil der griechischen Kirche angehört, sich ins Ausland begeben und sich dort von einem den russischen Gesetzen nicht unterworfenen und daher auch zur Beobachtung des öfterwähnten Artikel 67 nicht verbundenen griechischen Geistlichen trauen lassen würden, ohne sich irgendwie zur Erziehung der aus ihrer Ehe etwa hervorgehenden Kinder in der Lehre der griechischen Konfession zu verpflichten: so wären sie, weil sie das Reversal nicht unterzeichnet haben, berechtigt, ihre Kinder auch in Rußland nach protestantischem Ritus taufen zu lassen und hätten ebenso, wie der die Taufe vollziehende protestantische Geistliche, keinerlei Bestrafung zu befürchten, es sei denn, daß den bestehenden

Strafgesetzen Gewalt angethan würde. (Vergleiche Dr. Engelmanns russisches Staatsrecht S. 26.)

ad IV. Der Artikel 1576 des Strafgesetzbuchs lautet:

„Ist eine Ehe zwischen einer Person orthodoxen und einer Person anderen christlichen Bekenntnisses vollzogen, bevor sie von einem orthodoxen Geistlichen eingesegnet worden, so unterliegen, wenn nicht eine förmliche Bescheinigung der zuständigen geistlichen Obrigkeit vorliegt, daß nach den Vorschriften der orientalischen Kirche durchaus keine Hindernisse dieser Ehe entgegenstehen, römisch-katholische, armenisch-gregorianische, armenisch-katholische Geistliche und Prediger der protestantischen Bekenntnisse, je nachdem sich in der Folge solche Hindernisse herausgestellt haben oder nicht, und je nach den sonstigen Thatumständen: entweder einer Geldbuße im Betrage von nicht mehr als 50 Rubel, oder aber einer zeitweiligen Entfernung vom Amte auf eine Zeit von 2—6 Monaten.“

Wie schon früher bemerkt wurde, haben die lutherischen Geistlichen in Anbetracht dessen, daß die Ehe nach evangelisch-lutherischer Auffassung kein Sakrament ist, sich zu einem Zuwiderhandeln gegen die vorstehende Gesetzesbestimmung nur in dem Falle bewogen gesehen, wenn der örtliche griechische Geistliche die Trauung gemischter Paare von dem Übertritt des lutherischen Nupturienten abhängig machte, was vor dem Jahre 1874 allerdings nicht selten geschehen. Später sind dergleichen Eigenmächtigkeiten von seiten der griechischen Geistlichkeit höchstens in sehr seltenen Fällen vorgekommen, und sind daher die lutherischen Prediger, soviel bekannt, nach dem Jahre 1874 zu Trauungen gemischter Paare nicht mehr geschritten. Nichtsdestoweniger sind fast alle in Anklagestand versetzten livländischen Prediger auch auf Grund des Artikel 1576 belangt worden und zwar deshalb, weil sie Lutheraner mit solchen Personen getraut haben, die, obgleich dereinst nach

griechischem Ritus gefirmelt oder getauft, doch später von der griechischen Kirche abgefallen und, sei es durch Genuß des Abendmahls nach lutherischem Ritus, sei es durch Konfirmation in die evangelisch-lutherische Kirche aufgenommen und seitdem im Schoße derselben unter Mitwissenschaft und Zulassung der Obrigkeit verblieben sind, sich selbst seit Jahren als Lutheraner angesehen haben und von den lutherischen Predigern als Lutheraner betrachtet und kirchlich und seelsorgerisch bedient worden sind. Hieraus ist ersichtlich, daß den auf den Artikel 1576 basierten Anklagen die Annahme zu Grunde liegt, daß jemand, der zwar nach orthodoxem Ritus getauft, später aber von der griechischen Kirche entschieden abgefallen und zur lutherischen Kirche förmlich übergetreten ist, dennoch nach wie vor als effektives Glied der griechischen Kirche zu betrachten sei. Soll diese Annahme begründet sein, so muß sie sich aus der Lehre der griechischen Kirche und aus den Strafgesetzen rechtfertigen lassen.

Bergegenwärtigt man sich, daß dem Täufling nach der Lehre der lutherischen wie der griechischen Kirche durch die Taufe nicht allein Verzeihung der angeerbten Sünde zu teil wird, sondern daß er auch aus dem Wasser und Geist (Joh. 3, 5) wiedergeboren, der Gemeinschaft Christi einverleibt und in den Stand der Christen aufgenommen wird, ohne daß dadurch die Möglichkeit eines späteren Herausfallens des Getauften aus der Gotteskindschaft ausgeschlossen wäre, so kann man nicht behaupten, daß die Taufe als solche schon über die Konfession des Täuflings entscheide, welcher wohl als Christ, keineswegs aber als effektives Glied der einen oder der anderen christlichen Konfession angesehen werden darf. Hiermit stimmt überein, daß die griechische Kirche an lutherisch getauften Personen, wenn diese später zu ihr übertreten, eine abermalige Taufe nach orthodoxem Ritus grundsätzlich nicht vollzieht,

mithin anerkennt, daß dem lutherisch Getauften bereits die Gaben zu teil geworden, die er, wenn er nach griechischem Ritus getauft worden wäre, empfangen hätte, wie denn auch beide Kirchen der Taufe einen die Wiederholung derselben ausschließenden character indelebilis zuschreiben. Während aber die Zugehörigkeit zur lutherischen Konfession erst durch das freie Bekenntnis begründet wird, welches der Getaufte im reifen Alter und zwar in der Regel bei seiner Konfirmation ablegt, wird die Zugehörigkeit zur griechischen Konfession durch Salbung mit dem Chrisma bestimmt, die Salbung möge bald nach der Geburt in Verbindung mit der Taufe oder auch später, nachdem die betreffende Person ein mehr oder weniger urteilsfähiges Alter erreicht hat, erfolgt sein. Der Salbung mit dem Chrisma wird nach der griechischen Kirchenlehre allerdings auch ein character indelebilis zugeschrieben. Da aber die Wirkung der Salbung nach der Lehre der griechischen Kirche darin besteht, daß sie die dem Gesalbten in der Taufe zu teil gewordenen Gaben befestigt und besiegelt, ihn für den Kampf des Lebens von neuem mit der durch die Sünde verloren gegangenen Stärke ausstattet und „ihn fähig macht, mit dem Munde zuversichtlich zu bekennen, was mit dem Herzen geglaubt wird“ (vergleiche die Symbolik der griechischen Kirche von Dr. W. Gaf, §§ 94—99, Berlin 1872), so läßt sich nicht verkennen, daß der unauslöschliche Charakter des Chrisma den mit demselben Gesalbten wohl für alle Ewigkeit die Fähigkeit verleiht, den Glauben der griechischen Kirche aus innigster Überzeugung zu teilen und zu bekennen, die Freiheit des Gesalbten aber keineswegs aufhebt und ihn deshalb nicht schlechterdings hindert, den christlichen Glauben überhaupt und insbesondere auch den Glauben der griechischen Kirche aufzugeben oder doch desselben verlustig zu gehen. Vollzieht sich ein derartiges Aufgeben

oder Verlustiggehen des Glaubens bloß in der Gesinnung des mit dem Chrisma Gesalbten, so muß er, solange er sich nicht von solchem Glauben förmlich lossagt, selbstverständlich nach wie vor als Glied der griechischen Kirche angesehen werden. Wenn er aber zu einer anderen Kirche förmlich übertritt und der geistlichen Obrigkeit gegenüber offenkundig erklärt, daß ihm nicht der Glauben der griechischen Konfession, sondern einzig und allein der Glauben einer anderen Konfession zu eigen sei, so scheidet er durch solche Handlungsweise offenbar aus der griechischen Kirche aus und kann, solange er zu ihr nicht zurückkehrt, nicht als Glied derselben gelten und umsoweniger, als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession doch wesentlich in einem derselben entsprechenden Glaubensbekenntnisse besteht.

Das Gesetz erkennt die Möglichkeit innerlichen Abfalles von der Kirche an, ohne die äußerliche Ablösung von ihr zu gestatten und sieht daher auch den innerlich Abgefallenen als einen zu ihr Gehörigen an.

Auch von dem Vorhandensein des subjektiven Thatbestandes kann in den hier in Frage stehenden Fällen nicht die Rede sein. Zu demselben gehört unzweifelhaft, daß der angeschuldigte Prediger bei Vollziehung der Trauung mit der Zugehörigkeit des einen der getrauten Nupturienten zur griechischen Kirche bekannt gewesen. Eine solche Kenntnis hat aber den Angeklagten in allen Fällen gefehlt, denn sie sind im Gegentheil fest überzeugt gewesen und mußten überzeugt sein, daß es sich um Trauung durchweg lutherischer Nupturientenpaare handele, da diejenigen unter ihnen, die in ihrer Kindheit nach griechischem Ritus getauft waren, eine ausschließlich lutherische Erziehung empfangen hatten, bei ihrer Konfirmation förmlich zur lutherischen Kirche übergetreten waren, das Abendmahl häufig nach dem Ritus derselben genossen und sich eine Reihe

von Jahren ausschließlich und in allen Stücken zur lutherischen Kirche ungestört gehalten hatten und somit als Lutheraner im vollen Sinne des Wortes anzusehen waren. Wenn aber so weder der objektive noch der subjektive Thatbestand hergestellt ist, so läßt sich in der That nicht absehen, wie eine Verurteilung der lutherischen Prediger angesichts der obwaltenden Sachlage gerechtfertigt werden soll.

Der schon oben erwähnten Anklage gegen den Pastor Wegener ist außer dem Artikel 1576 auch der Artikel 1575 des Strafgesetzbuchs zu Grunde gelegt. Derselbe lautet in seinem ersten Abschnitt:

„Römisch-katholische, armenisch-gregorianische und armenisch-katholische Geistliche, sowie Prediger der protestantischen Glaubensbekenntnisse werden, wenn sie eine Ehe, welche dem Gesetze zufolge für ungültig erklärt werden muß, einsegnen, falls solches von ihnen wissentlich geschehen: zum Verlust der geistlichen Würde und zur Gefängnishaft auf eine Zeit von 8 Monaten bis zu 1 Jahre und 4 Monaten verurteilt.“

Daß hier Ehen gemeint seien, deren Eingehung absolute Nichtigkeit der Ehe begründende Ehehindernisse im Wege stehen, leuchtet von selbst ein und ist daher auch klar, daß das im Artikel 1575 des Strafgesetzbuchs vorgesehene Delikt sowohl durch Trauung gemischter als auch nicht gemischter Nupturientenpaare begangen werden kann und daß im konkreten Falle alles darauf ankommt, ob dem getrauten Paare absolute Ehehindernisse, wie zu nahe Verwandtschaft, Eheunmündigkeit u. dgl. entgegenstehen. Das Gesetz bestimmt allerdings, daß zur Trauung von Nupturienten, von denen ein Teil der griechischen Kirche angehört, nur griechische Geistliche befugt seien. Allein wenn dergleichen Nupturienten von einem protestantischen Geistlichen getraut werden, so folgt daraus allein noch nicht die Nichtigkeit der Ehe. Die Gründe, bei deren

Vorhandensein Ehen dem Gesetze zufolge für nichtig oder ungültig erklärt werden sollen, sind für Protestanten in den Artikeln 206, 211, 212, 214 und 246 des Gesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland und für Personen griechischer Konfession in den Punkten 1—7, inklusive des Artikels 37 des Band X, Teil I, Kapitel IV, Hauptstück 1 des Swods der Reichsgesetze (Ausgabe von 1874) speciell aufgeführt; da aber weder hier noch dort der Umstand, daß eine Trauung dem Gesetze zuwider durch einen protestantischen anstatt durch einen griechischen Geistlichen vollzogen worden, als Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsgrund der Ehe bezeichnet ist, so kann auf einen solchen Fall der Artikel 1575 des Strafgesetzbuchs nicht angewandt werden, weil er ja nur Ehen vor Augen hat, die dem Gesetze zufolge für ungültig erklärt werden müssen.¹⁾ — Wenn nun in den jenen Pastor X. betreffenden Untersuchungsakten auch nicht mit einer Silbe von einem Thatumstande die Rede ist, welcher nach dem protestantischen Kirchengesetze oder nach den allegierten Bestimmungen des Reichsgesetzes als Ungültigkeitsgrund der in Frage stehenden Ehe angesehen werden könnte, so ist es völlig unzulässig, daß die Anklage gegen den Pastor X. unter anderem auch auf den Artikel 1575 des Strafgesetzbuchs basiert worden. Fast muß man glauben, daß dieses nur geschehen sei, um die Beurteilung der Sache der Jurisdiktion des livländischen Konsistoriums zu entziehen, denn wäre die Anklage nur auf Artikel 1576 und nicht zugleich auf Artikel 1575 des Strafgesetzbuchs gestützt worden, so könnte hinsichtlich der ausschließlichen Zuständigkeit des livländischen Konsistoriums kein Zweifel bestehen.

¹⁾ Vgl. „Russisch-Baltische Blätter“. 3. Heft. „Zur Kritik russischer Gesetzgebung und Verwaltung“. Leipzig, Duncker & Humblot 1887.

IV.

Rechtlicher Fortbestand der Gewissensfreiheit in Livland.

In dem vorigen Abschnitt wurde vorläufig von der Annahme ausgegangen, daß die der Gewissensfreiheit widerstreitenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und der Kirchenordnung in Livland Gültigkeit haben. Um die Richtigkeit dieser Annahme zu prüfen, wie nunmehr geschehen soll, erscheint es unerläßlich, auf die Geschichte der Unterwerfung Livlands unter das Scepter Rußlands zurückzugreifen und die Entwicklungsphasen in Betracht zu ziehen, die einige den Gewissenszwang betreffende Bestimmungen des russischen Rechts durchlaufen haben.

In der zwischen Rußland, Polen und Dänemark im Jahre 1699 zur Bekämpfung Schwedens geschlossenen Triplealliance war von den Kontrahenten festgesetzt, daß dem einzelnen Bundesgenossen nicht diejenigen Ländereien, die er von Schweden erobern würde, verbleiben sollten, sondern daß die eroberten Gebiete unter die Verbündeten nach Maßgabe deren vormaligen Besitzstandes zu verteilen seien. Danach sollte dem russischen Reiche das ihm von Schweden früher abgenommene Ingermannland nebst Carelien und dem König von Polen Livland und zum Teil Estland zufallen. Nun schloß zwar der besiegte König August II. im Jahre 1706 zu Altranstädt einseitig mit Schweden Frieden und schied aus der Alliance, der sogenannten großen Konjunktion, gänzlich aus. Wenn aber in der in Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenen Kanzlei 1845 erschienenen Darstellung der Vereinigung des Ostseegebiets mit Rußland gesagt ist, daß der Zar Peter der Große in Folge des Friedens von Altranstädt seiner Verpflichtungen gegen Polen frei und ledig geworden, so ist das, wie C. Schirren in seiner livländischen

Antwort (Seite 125) nachgewiesen, nicht richtig, denn die Republik Polen trat in dem Vertrage von Narwa vom 19/30. August 1704 dem Bündnis bei und der Zar hat am 30. März 1707 zu Lemberg der Republik Polen die Erfüllung aller von ihm im Narwaer Vertrage übernommenen Verpflichtungen gelobt. So außer stande, Livland nach dem Rechte der Eroberung dem russischen Reiche einzuverleiben, entschloß sich der Zar, Livland und ebenso Estland zur freiwilligen accordmäßigen Unterwerfung zu bewegen. Demgemäß erließ er, nachdem er beide Provinzen, mit Ausnahme der Städte Riga, Pernau und Reval, erobert hatte, durch den Generalfeldmarschall Scheremetjeff ein Universale, worin er die Einwohner des Landes zur freiwilligen Unterwerfung aufforderte und daran die Zusage knüpfte, das Land solle von Schweden, welches ihm alle Eide gebrochen, befreit werden, der Zar werde die Eide wiederherstellen, auf sich nehmen und halten. Als der schwedische Generalgouverneur Strömberg hiergegen Einwendungen erhob, erklärte Scheremetjeff feierlich: „es sei Seiner Zarischen Majestät, seines allergnädigsten Herrn, unverbrüchlicher dessein, so Livland wie Estland von der schwedischen servitude zu erretten und in den vorigen Stand und alte Freiheit zu restituiren und Gott selbst werde diesem dessein, als christlich und gerecht, secondieren und ausführen helfen. Die armen verlassenen Unterthanen aber, denen von ihrem Herrn nicht gehalten, was ihnen durch so viele publique Eide versprochen worden, seien durch das Recht der Natur von ihrem vormals so genau wohl abservirtem *devoir* dispensirt.“

Einige Monate später, als Riga, wohin sich ein großer Theil des Adels geflüchtet hatte, bereits dem Falle nahe und von Pest und Hungersnot schwer heimgesucht war, bot Scheremetjeff dem schwedischen Generalgouverneur einen „rasonablen Accord“ sowohl für die Garnison als auch für die Einwohner

des Landes und der Stadt an, unter Bedingungen, die er selbst als solche *conditiones* bezeichnete, „welche die ganze Welt approbiren würde.“ Infolgedessen traten die Stände, soweit sie in Riga anwesend waren, unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs Strömberg in Verhandlung, vereinigten sich über die Bedingungen, unter denen sie sich dem Scepter Rußlands zu unterwerfen willens waren, brachten dieselben in einer Reihe von Artikeln zum Ausdruck und stellten sie dem Feldmarschall Scheremetjeff zu, welcher ihnen vorher zu wissen gegeben hatte, daß er mit völligem *pouvoir* vom Zaren ausgerüstet sei. Gleich der erste dieser Artikel enthielt in Übereinstimmung mit dem Punkte I. des Privilegiums Sigismundi Augusti, datirt zu Wilna anno 1651, die Bedingung:

„daß dem Lande sowohl, als allen Städten die bis herzu in Livland exercirte evangelische Religion secundum tesseram der unveränderten Augsburgerischen Konfession und von selbigen Kirchen angenommenen symbolischen Bücher ohne einigen Eindrang, unter was Vorwand er auch könnte bewirkt werden, conserviret, sämtliche Einwohner im Lande und Städten dabei kräftig und unveränderlich gehandhabt und bei der Administration sowohl internorum als externorum ecclesiae Alters her gewöhnlichen Consistorien und competirenden von *jurium patronatus* sonder Veränderung conservirt werde.“

Scheremetjeff acceptierte die meisten der ihm als Bedingung der Unterwerfung vorgelegten Artikel und unter diesen auch den oben wörtlich aufgeführten, behielt sich jedoch in Bezug auf einige wenige Accordartikel die Entscheidung des Zaren vor, da er sich zur Annahme derselben nicht ermächtigt erachte. Die russischerseits acceptierten Accordartikel wurden am 4. Juli 1710 unterzeichnet, der Ritterschaft überreicht und publiziert. Demnächst richtete Scheremetjeff an die Ritterschaft die Aufforderung, Seiner Großzarischen Majestät

durch öffentliche Ablegung des Eides der Treue zu huldigen. Die Ritterschaft lehnte dies Ansinnen zwar vorläufig ab, einwendend, daß sie dem neuen Herrn nicht wohl huldigen könne, bevor sie durch ihren alten Herrn des ihm geleisteten Eides entlassen sei; als aber Scheremetjeff der Ritterschaft namens des Zaren eröffnete, daß die Huldigung stattfinden müsse, „da die Provinz Livland zusammen mit der Stadt Riga mittelst erteilten Accord dem Zaren subjeckt worden“, so ließ die Ritterschaft ihre Bedenken fallen und leistete den Huldigungseid. Hierüber in Kenntniß gesetzt, ließ der Zar es an Ertheilung einer Generalkonfirmation nicht fehlen. In derselben, die vom 30. September 1710 datiert und nach dem Muster der schwedischen Generalkonfirmation vom 10. Mai 1687 ausgefertigt ist, hebt der Zar zuerst hervor, daß die Ritter- und Landschaft des Fürstentums Livland ihm nach vorher accordirter Kapitulation unterthänig geworden. Sodann bestätigt und konfirmiert er für sich und seine Nachkommen der Ritter- und Landschaft in Livland und deren Nachkommen „alle ihre vorhin wohl erworbene an Uns gebrachte privilegia Statuten, Ritterrechte, Immunitäten, Gerechtigkeiten und Freiheiten, insonderheit aber das Privilegium Augusti Sigismundi datirt zu Wilna anno 1561“.

Auch von der Ritter- und Landschaft Estlands und von den Ständen der Städte Riga und Reval wurden die Unterwerfung bedingende und teils von dem Generalfeldmarschall Scheremetjeff, teils von dem Generallieutenant Bauer accordierte Vertragsartikel dem Zaren vorgestellt, der dieselben mittelst Urkunden bestätigte, die in allen wesentlichen Stücken mit der der livländischen Ritter- und Landschaft erteilten Generalkonfirmation übereinstimmen.

Wie aus dem obigen hervorgeht, war der Zar der Ansicht, daß die ländlichen und städtischen Stände zur Abschließung

des zwischen denselben und ihm vereinbarten Unterwerfungsvertrags auch ohne Zustimmung ihres Landesherrn, des Königs von Schweden, aus dem Grunde vollkommen berechtigt seien, weil der letztere die dem Lande vertragsmäßig zugesicherten Rechte und Privilegien offenkundig gebrochen und das Land daher schon durch das Recht der Natur von seinem vormals so genau und wohl abservirten *devoir* dispensiert worden. Die Frage, ob diese Ansicht unbestreitbaren Rechtsgrundsätzen entspreche oder nicht, ist hier von keiner praktischen Bedeutung, weil der König von Schweden als legitimer Monarch Livlands wie Estlands im Nystädter Frieden vom Jahre 1721 den von den Ständen Livlands mit dem Zaren 11 Jahre vorher abgeschlossenen Unterwerfungsvertrag jedenfalls hinterher anerkannt hat, indem er auch das Fürstentum Livland dem russischen Reiche im wesentlichen unter denselben, wenn auch kürzer zusammengefaßten Bedingungen, die in den Kapitulationsartikeln zum Ausdruck gebracht waren, cedierte und der Zar kein Bedenken getragen, diese Bedingungen durch Unterzeichnung des Nystädter Friedensinstruments zu acceptieren und sich dadurch für sich und seine Succession auf dem Throne Rußlands zur Erfüllung derselben vertragsmäßig verbindlich zu machen. Daß aber zu den den Monarchen Rußlands aus dem Nystädter Frieden erwachsenen Verbindlichkeiten auch die Verpflichtung gehört, der Provinz Livland für immerwährende Zeiten Gewissensfreiheit zu gewähren, beweist schon der Art. 10 des Friedensinstruments, welcher in wortgetreuer Übersetzung, wie folgt, lautet:

„In den abgetretenen Ländern (Liv- und Estland) soll kein Gewissenszwang eingeführt, vielmehr der evangelische Glaube, Kirchen und Schulen und was dazu gehört, auf dem Fuß, wie es unter der letzten schwedischen Regierung gewesen, gelassen und beibehalten werden, jedoch, daß in selbigen die

griechische Religion hiesüro ebenfalls frei und ungehindert ausgeübt werden könne."

Um sich über den Sinn und die Tragweite dieses Friedensartikels in jeder Hinsicht klar zu werden, muß man sich vor allem die rechtliche Lage vergegenwärtigen, in welcher die evangelisch-lutherische Kirche sich in Livland während schwedischer Herrschaft befand.

Wie Spanien als das allerkatholischste, so galt Schweden lange Zeit als das allerprotestantischste Land. Die evangelisch-lutherische Kirche war in Schweden die alleinherrschende. Dies ist schon aus dem ersten Paragraphen des ersten Kapitels der von Karl XI. im Jahre 1686 erlassenen Kirchenordnung ersichtlich. Dasselbst heißt es:

"In Unserem Königreiche und dessen zugehörigen Landen sollen sich alle einzig und allein zu der Christlichen Lehre und Glauben bekennen, welche in dem Göttlichen Heiligen Worte, denen Prophetischen und Apostolischen Schriften Alten und Neuen Testaments, dem Apostolico, Niceno und Athanasiano verfaßt, auch in der ungeänderten augspurgischen Confession, so im Jahre 1530 übergeben und auf dem Concilio zu Upsala 1593 angenommen, imgleichen in dem ganzen sogenannten Libro Concordiae erklärt ist."

Weiter ist gesagt, daß jeder, der von der protestantischen Konfession gänzlich abfällt, „mittels gerichtlicher Untersuchung und Erkenntnis vor einem abtrünnigen Mamelucken gehalten und des Reiches verwiesen werden und niemahlen einiges Erb- recht oder Gerechtigkeit innerhalb der Grängen des Reiches Schweden zu genießen haben soll."

Zu gunsten der Botschaften fremder Potentaten und derjenigen der lutherischen Kirche nicht angehörigen Unterthanen anderer Staaten, welche nach Schweden gekommen, um sich um Kriegsdienste zu bewerben oder um Handwerke, Handel &c.

zu betreiben, ist die Ausnahme zugelassen, daß dieselben bei ihrer Religion bleiben und ihre Gottesdienste in ihren Häusern bei geschlossenen Thüren verrichten dürfen. Endlich läßt die schwedische Kirchenordnung eine Ausnahme hinsichtlich solcher zum Reiche gehörigen Provinzen zu, denen Religionsfreiheit „durch pacta“ vorbehalten worden.

Eine dieser Provinzen war auch Livland, woselbst die starre Intoleranz Schwedens rechtlich niemals Geltung gehabt hat, wie gleich gezeigt werden soll. Während der Ordenszeit war Livland bekanntlich ein integrierender Teil des deutschen Reichs, seine Landesherrn hatten Sitz und Stimme auf den deutschen Reichstagen und haben auch durch Bevollmächtigte an dem Abschluß des Augsburgerischen Religionsfriedens vom Jahre 1555 Teil genommen. Was dieser Frieden festsetzte, galt selbstverständlich auch für Livland. Da nun die Religionsfreiheit, die in jenem Frieden den weltlichen Ständen zugestanden wurde, nicht bloß ungehinderte Religionsübung (Kultusfreiheit), sondern auch freie Religionswahl in sich schloß (vgl. H. Siegel's Deutsche Rechtsgeschichte S. 254), und da Livland sich bei seiner Unterwerfung unter die Herrschaft Polens und später unter das Scepter Schwedens sich ausweislich des von beiden Staaten bestätigten Privilegiums Augusti Sigismundi nicht allein die Geltung der *jura germanorum propria ac consueta* im allgemeinen, sondern auch speciell Religionsfreiheit ausbedungen und concediert erhalten hatte, so läßt sich nicht bezweifeln, daß der Art. 10 des Westfälter Friedens den Einwohnern Livlands nicht allein Kultusfreiheit, sondern auch Freiheit in der Wahl ihrer Religion zugesichert hat, wie er denn auch gleich von vornherein die Bestimmung enthält, daß in den abgetretenen Ländern kein Gewissenszwang eingeführt werden solle, eine Bestimmung, die zugleich unverkennbar darauf hinweist, daß in

Livland früher, wie oben erörtert worden, kein Gewissenszwang bestanden. Hiernach und weil der Art. 10 des Nystädter Friedens in seinem Schlußsate festsetzt, daß zwischen der evangelisch-lutherischen und der griechischen Konfession Parität obwalten solle, ergiebt sich mit Evidenz, daß den Protestanten Livlands auf Grund des mehrgenannten Friedens das Recht zum Übertritt zur griechischen Konfession ebenso gewährleistet war, wie den livländischen Einwohnern der letzt-erwähnten Konfession der Übertritt zur evangelisch-lutherischen Konfession, denn die Annahme des Gegentheils würde mit der beiden Konfessionen zugesicherten Parität und mit dem ausdrücklichen Verbot jeglichen Gewissenszwanges in unvereinbarem Widerspruch stehen.

Anlangend die Konfession, in der die aus gemischten Ehen stammenden Kinder zu taufen und zu erziehen waren, so ist hierüber zwar weder in den Kapitulationen, noch auch in dem Nystädter Frieden etwas Specielles bestimmt; da aber in Livland schon damals nicht das russische Recht, sondern die in den Unterwerfungsurkunden gewährleisteten *jura germanorum propria ac consueta* subsidiäre Geltung hatten, letztere aber in der fraglichen Beziehung die Vorschrift enthalten, daß der Wille des Vaters als Hauptes der Familie zu entscheiden habe, sofern nicht von den Ehegatten bei Schließung der Ehe durch Vertrag die Religion bestimmt worden, in der ihre etwaigen Kinder zu taufen und zu erziehen seien, so hatten diese Bestimmungen auch in Livland hinsichtlich der Taufe und Erziehung aus gemischten Ehen entsprossener Kinder volle Geltung.

Als unabweisbare Konsequenz aus dem obigen erscheint es endlich, daß von einer Strafbarkeit der Geistlichen, die in Livland einen Protestanten zur griechischen oder ein Glied der griechischen zur evangelisch-lutherischen Kirche aufgenommen

oder aus gemischten Ehen stammende Kinder auf Wunsch des Vaters respektive entsprechend den geschlossenen Eheakten getauft hatten, nicht die Rede sein konnte, denn ohne die Befugnis der Geistlichen zur Vollziehung der bezeichneten Amtshandlungen hätte den Bewohnern Livlands gerade dasjenige Mittel gefehlt, welches zur Verwirklichung der Gewissensfreiheit schlechterdings notwendig war.

Daß Livland sich auch unter russischer Herrschaft der Gewissensfreiheit mehr als hundert Jahre, nämlich von 1710 bis 1832, auf Grund der Unterwerfungsverträge erfreut habe, ist eine feststehende Thatsache. Ebenso gewiß ist aber, daß verschiedene Regierungsorgane, und mit ihr die russische Presse, seit einer langen Reihe von Jahren in zuversichtlichem Tone behaupten:

1. daß die russischen Monarchen in ihrer Eigenschaft als absolute Souveräne und kraft der russischen Reichsgrundgesetze jederzeit befugt gewesen, die der Provinz Livland zugesicherten Privilegien und Gerechtsame, wie jede andere Rechtsnorm zu beschränken oder gar aufzuheben — und

2. daß die Monarchen Rußlands von diesem Rechte auch in Bezug auf die Livland zugesicherte Religionsfreiheit ausgiebigen Gebrauch gemacht haben.

Beides kann, so paradox das erscheinen mag, mit gutem Grunde bestritten werden.

ad I. Zur Motivierung der ersteren Behauptung pflegt man sich auf gewisse Klauseln zu berufen, die der der livländischen Ritter- und Landschaft erteilten Generalkonfirmation vom 30. September 1710 beigelegt sind. Für jeden unparteiischen Beurteiler ist die die Klauseln betreffende Kontroverse längst endgültig beseitigt, weil Dr. Schirren bereits in seiner livländischen Antwort (Leipzig 1869) den Anlaß und die Bedeutung jener Klauseln in ebenso geistreicher als überzeugender

Weise klar gestellt und nachgewiesen hat, daß sie, neben vielen andern livländischen Privilegien, namentlich auch das Privilegium der Gewissensfreiheit gar nicht berühren. Allein da in neuerer Zeit die Maxime beobachtet wird, die livländische Antwort ganz und gar zu ignorieren und ein Herr A. Kopyloff in der Absicht, dem von Herrn Pastor Dalton angegriffenen, aber in dem Nimbus seiner unnahbaren Stellung schweigenden Herrn Oberprokureur des russischen Synodes zu Hülfe zu eilen, in vorigem Jahre in einem an Herrn Dalton gerichteten offenen Briefe aus jenen Klauseln wiederum völlig unberechtigte Schlüsse gezogen, so wird es nicht unpassend sein, diese Schlüsse kritisch zu beleuchten.

Herr Kopyloff sagt, die Konfirmierung der Unterwerfungsbedingungen sei unter dem ausdrücklichen Vorbehalt vollzogen worden, „daß die Erhaltung der Privilegien davon abhängen werde, inwieweit dieselben den Gesetzen und Interessen des russischen Reichs nicht widersprechen.“

Bei einigem Nachdenken hätte Herr Kopyloff sogleich erkannt, daß die Hinzufügung eines solchen Vorbehalts eine Absurdität gewesen wäre, denn da die konfirmierten Privilegien, Rechte, Freiheiten 2c., wie gewiß niemand bestreiten wird, von den damaligen Gesetzen des russischen Reichs fast durchweg abwichen oder mit ihnen gar in Widerspruch standen, so würde die Hinzufügung jenes Vorbehalts eine Verneinung der Unterwerfungsbedingungen involviert haben, woraus dann weiter zu folgern wäre, daß der Unterwerfungsvertrag überhaupt nicht zustande gekommen, Livland mithin unter die Herrschaft Rußlands rechtlich nicht gelangt sei.

Die Generalkonfirmation vom 30. September 1710 enthält allerdings zwei Vorbehalte oder Klauseln, die aber ganz anders lauten, als Herr Kopyloff angegeben. Die erstere ist an die Bestätigung der Privilegien, Statuten, Ritterrechte 2c.

angeknüpft und besteht in dem Zwischenfaze: „soweit sich dieselben auf jetzige Zeit und Herrschaft appliciren lassen.“ Die zweite schließt sich an das Versprechen des Zaren, daß alles vorher zugesagte von ihm und seinen Nachkommen den Einwohnern Livlands und deren Nachkommen vollkommen und immerwährend gehalten werden solle — und lautet: „Doch Unser und Unserer Reiche Hoheit und Recht in Allem vorbehaltenlich und sonder Nachtheil und Präjudice“.

Daß nun der Zar Peter der Große gegen die Applikation der Gewissensfreiheit in Livland auf die „jetzige“ d. ist damalige Zeit nichts einzuwenden gefunden, ergiebt sich schon aus der Thatfache, daß er sich im Art. 10 des Nystädter Friedens für sich und seine Nachkommen ausdrücklich und ohne Vorbehalt verpflichtet hat, in Livland keinen Gewissenszwang einzuführen.

Aus der zweiten Klausel werden Herr Kopyloff und dessen Gefinnungsgeoffen gewiß herauslesen, daß der Zar sich in derselben das Recht vorbehalten, kraft der ihm in Rußland zustehenden unbeschränkten legislativen Gewalt, auch alle in Livland geltenden Rechtsnormen aufheben oder abändern zu können. Wäre dies der Sinn der in Rede stehenden Klausel, so würde der urkundlich feststehende Umstand, daß sich in den von dem Zaren der Provinz Estland und den Städten Riga und Reval erteilten Generalkonfirmationen überhaupt gar keine Klauseln finden, Herrn Kopyloff und Genossen in die unangenehme Lage versetzen: entweder zuzugestehen, daß ihre Auffassung der fraglichen Klausel durchaus unrichtig sei, oder aber etwas unter den obwaltenden Verhältnissen schlechterdings Ueberwichtiges anzuerkennen, nämlich daß die russischen Monarchen zur Abänderung und Aufhebung der Privilegien Estlands, Rigas und Revals nicht befugt seien, während ihnen ein solches Recht Livland gegenüber wohl zustehe. Wie

Professor Schirren in dem bereits erwähnten Werke ausführlich dargethan, wurde der Zar zu den in der livländischen Generalkonfirmation enthaltenen Klauseln dadurch veranlaßt, daß die livlandische Ritter- und Landschaft das ganze corpus privilegiorum Livlands vom Jahre 1690 (d. i. eine dießleißige Sammlung aller Livland im Laufe von Jahrhunderten urkundlich zugesicherten Gerechtsame) dem Zaren schon vor Erlaß der Generalkonfirmation vom 30. September 1710 vorgelegt hatte. Schon nach dem Index dieser ein zeitraubendes Studium erheischenden Sammlung befanden sich in denselben Urkunden, deren Inhalt von der Zeit längst überholt war und sich auf die russische Herrschaft unmöglich applizieren ließ, wie zum Beispiel das privilegium Sylvestri vom Jahre 1449, wonach ein Krieg ohne Bewilligung des Kapitels und der Ritterschaft von dem Landesherrn nicht unternommen werden konnte; — ferner das pactum Wendense vom Jahre 1560, dem zufolge eine Vereinigung des Großfürstentums Litthauen mit der Ritterschaft und den Städten Livlands bestehen sollte. Auf eine Bestätigung dieser und anderer gleichfalls antiquierter Sagen konnte der Zar selbstverständlich nicht eingehen und ebendaher fügte er der livländischen Generalkonfirmation die obgedachten Klauseln bei, die in den Generalkonfirmationen Estlands, Rigas und Revals fehlen, weil dort dergleichen Unannehmbares nie Geltung gehabt hatte.

Die Artikel 9 und 10 des Nystädter Friedens bestimmen, daß die Bewohner Liv- und Estlands bei denjenigen Privilegien, Gewohnheiten, Rechten und Gerechtigkeiten und der Gewissensfreiheit, die sie unter der schwedischen Herrschaft gehabt haben, beständig und unverrückt erhalten und beschützt werden sollen. Da die Einwohner Liv- und Estlands nun während der schwedischen Herrschaft keinerlei

nur auf die Ordenszeit passende und mit der Souveränität des Königs von Schweden unvereinbare Privilegien und Gerechtsame genossen hatten, so fehlen die der livländischen Generalkonfirmation vom 30. September 1710 beigefügten Klauseln in dem 11 Jahre später abgeschlossenen Nystädter Frieden ganz und gar, welcher Umstand für sich allein hinreicht, um den Berufungen auf besagte Klauseln jede Berechtigung zu entziehen.

Aber auch an positiven Beweisen dafür, daß die Gewissensfreiheit in Livland von jenen Klauseln nicht betroffen werde, mangelt es nicht. Ausweislich der Generalkonfirmation vom 30. September 1710 werden die darin nur im allgemeinen erwähnten Statuten, Ritterrechte, Immunitäten &c. in genere, das Privilegium August Sigismunds aber „in Sonderheit“ also doch in specie bestätigt. Wenn nun allgemeine Vorbehalte, wie die in der livländischen Generalkonfirmation enthaltenen, einer Bestätigung in specie gegenüber keinen Sinn haben, indem ja eine Bestätigung in specie ihrem Begriffe nach eine völlig rückhaltlose und unbedingte ist, so können jene allgemeinen Klauseln der livländischen Generalkonfirmation höchstens auf die darin nur in genere ins Auge gefaßten Gerechtsame, nie und nimmer aber auf das Privilegium Sigismund Augusts bezogen werden. Sollten Herr Kopyloff und dessen Gefinnungsgenossen nichtsdestoweniger an ihren Bedenken festzuhalten geneigt sein, so werden sie dieselben fallen zu lassen genötigt sein, sobald sie aus einer öffentlichen Urkunde entnehmen, was der Zar Peter der Große selbst über seine Klauseln ausgesprochen.

Die bereits wiederholt erwähnte Schrift über die Vereinigung des Ostseegebietes mit Rußland, welche Schrift im Reichsrathe durchgesehen und gutgeheißen ist, enthält in Bezug auf die Ratihabition der livländischen Capitulation folgendes:

„Auf die allgemeine Bitte um Bestätigung für die Ritter- und Landschaft der Privilegien, Rechte, Gewohnheiten, Freiheiten, Eigentumsrechte und Gerechtigkeiten in geistlichen und weltlichen Dingen, insbesondere aber des Privilegiums Sigismund Augusts vom Jahre 1561 erfolgte die Entscheidung:

„Seine Majestät erteilt hierdurch seine huldreichste Bestätigung alles dessen, was von dem Generalfeldmarschall Grafen Scheremetjeff dem Adel und den Landesbewohnern namentlich zugestanden — und spricht eine gleiche Huld auch in Beziehung auf ihre übrigen unterthänigsten Bitten aus. Namentlich aber auf die vorgelegten Punkte (d. i. wohl derjenigen Punkte, zu deren Accordierung Scheremetjeff sich nicht für ermächtigt erachtet hatte) und die allgemeine Bitte der Ritterschaft und der Landesbewohner werden dieselben Seiner Kaiserlichen Majestät Allerhuldreichste Generalkonfirmation aller Privilegien, Rechte und Freiheiten dieser Ritterschaft erhalten.“

Indem der Zar solchergestalt die von Scheremetjeff zugestandenen, aus dem Privilegium Sigismund Augusts geschöpften Vertragsartikel, von den seiner Entscheidung vorbehaltenen Artikeln und den sonstigen Bitten der Ritterschaft und der anderen Bewohner Livlands unterscheidet, die ersteren ohne irgend welchen Vorbehalt ratificiert und ihn verbindend anerkennt, die Ritterschaft und die Landesbewohner aber inbetreff ihrer übrigen Bitten auf die Allerhuldreichste zu erteilende Generalkonfirmation verweist — bekundet er selbst in unzweideutiger Weise, daß die Klauseln, mit denen eben nur die Generalkonfirmation versehen ist, auf die von Scheremetjeff accordierten Vertragsartikel keinen Bezug haben und da in dem ersten dieser Artikel Gewissensfreiheit ausbedungen worden, so resultiert hieraus und aus dem gleichfalls durch keinerlei Klausel beengten Artikel 10 des Nystädter Friedens, daß der Zar Peter I. für sich und seine Succession ohne

irgend welche Einschränkung vertragsmäßig die Verpflichtung eingegangen, der Provinz Livland für immerwährende Zeiten Gewissensfreiheit zu gewähren.

Offenbar beunruhigt durch den allerdings sehr alten und sehr prosaischen Rechtsatz: *pacta sunt servanda* — ruft jemand, der sich nur mit M. D. bezeichnet hat und gleichfalls den Herrn Oberprokureur des russischen Synods gegen die Angriffe Pastor Daltons in einem an den letzteren gerichteten offenen Brief in Schutz zu nehmen bemüht gewesen, voll Enttäuschung aus: mit ermüdender Gleichförmigkeit kehre in jeder aus dem baltischen Lager kommenden Rundgebung die Berufung auf längst verblichene Verträge und Manifeste wieder. Sodann den Götheschen Vers: Es erben sich Gesetz und Rechte, wie eine ewige Krankheit fort &c. — citierend, ergeht er sich in Gemeinplätzen wie: Gesetzeskodifikationen müßten in Anbetracht fortschreitender Entwicklung, neu entstandener Bedürfnisse und neuer Verhältnisse, schritthaltendem Wandel unterliegen; gleich einer jeden Form, die einen lebendigen Inhalt habe, müßten auch Gesetz und Vertrag als alte Form untergehen, sobald ein neuer Inhalt sich in neue Form zu kleiden strebe; kein Gesetz, kein Vertrag sei ewig, keiner könne ohne Selbsttäuschung auf ewige Zeiten, ja selbst auf lange Zeit geschlossen werden, wie auch Bluntschli in seinem Völkerrecht (§ 415) lehre.

Ohne die Richtigkeit der Lehrsätze Bluntschlis bestreiten zu wollen, muß doch behauptet werden, daß M. D. denselben eine auf den hier in Frage stehenden Fall nicht passende Anwendung gegeben. Wenn zwischen zwei selbstständigen Staaten ein Vertrag auf völkerrechtlicher Grundlage geschlossen worden und sich dann im Laufe mehr oder weniger langer Zeit herausgestellt, daß die weitere Aufrechterhaltung des Vertrages die Existenz des einen Staates gefährdet oder dessen not-

wendige Entwicklung hindert, so bleibt demselben, sofern der andere Staat die Aufhebung oder zeitgemäße Änderung des Vertrages hartnäckig verweigert, auch einen schiedsrichterlichen Austrag der Sache ablehnt, allerdings nichts übrig, als den Vertrag einseitig zu brechen und es auf einen Krieg und dessen Ausgang ankommen zu lassen. Aber handelt es sich denn hier um einen völkerrechtlichen Konflikt? Ist Livland etwa jetzt ein selbständiger Staat, dessen Verhältnis zu Rußland sich nach Völkerrecht beurteilen läßt? Livland ist zwar vermittelst völkerrechtlichen Vertrages zu einer Provinz Rußlands geworden, die Satzungen aber, die in den Vertrag zu Gunsten Livlands aufgenommen worden, haben das staatsrechtliche Verhältnis begründet, welches zwischen dem russischen Reiche und der Provinz Livland obzuwalten hat. Wenn aber A. D. und dessen Meinungsgenossen der Ansicht Raum gegeben, daß die Monarchen Rußlands, weil sie nach russischem Staatsrecht die einzige Quelle der russischen Gesetze sind, auch berechtigt seien, die durch die Kapitulationen und den Nystädter Frieden für Livland begründeten staatsrechtlichen Normen, wie jede andere in Rußland geltende Rechtsnorm, beliebig zu verändern oder auch gänzlich außer Kraft zu setzen, so ist das ein großer Irrthum; denn während die von den Monarchen Rußlands für das russische Reich erlassenen Gesetze einzig und allein auf dem legislativen kaiserlichen Willen beruhen, sich also als einseitige Willensakte darstellen, wurzeln die durch die Kapitulationen und den Nystädter Frieden für Livland auf immerwährende Zeiten befestigten Rechtsnormen einerseits in dem Willen des Zaren Peter des Großen, andererseits aber auch in dem Willen der Stände Livlands und des Königs von Schweden — und da beiderseits Kontrahenten die Freiheit ihres Willens in dem Vertrage soweit beschränkt haben, als zur Aufrechterhaltung der Stipulationen desselben not-

wendig ist, so haben die Monarchen Rußlands vielleicht die Macht, keineswegs aber das Recht, jene Livland zugesicherten Rechtsnormen einseitig ganz oder zum Teil zu beseitigen. Hiergegen wird zuweilen eingewandt, daß den Monarchen Rußlands doch nur dem Könige von Schweden gegenüber die Beobachtung der hier fraglichen Gerechtsame Livlands obliege, die schwedischen Könige aber von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen und auch keinen Gebrauch machen können, nachdem Livland definitiv an Rußland cedirt worden. Hierauf läßt sich mit gutem Grunde erwidern, daß der König von Schweden, als er die Livland und Estland betreffenden Artikel 9 bis 11 des Nystädter Friedens zur Bedingung der Cession dieser Provinzen an Rußland machte, doch als legitimer Landesherr und vollberechtigter Vertreter derselben gehandelt, mithin diejenigen Rechte, die in jenen vom Zaren ohne irgend welchen Vorbehalt acceptierten Artikeln normiert sind, den Vertretenen, also den Bewohnern Liv- und Estlands erworben, welche daher diese Rechte als ihr eigenes Recht geltend zu machen befugt sind. Wollte man nichtsdestoweniger das Gegentheil annehmen, so wären die Kapitulationen und die bezeichneten Artikel des Nystädter Friedens völlig zwecklos, würden überhaupt jeder rechtlichen Bedeutung ermangeln und würden zu leeren, höchstens auf Täuschung berechneten Phrasen entstellt werden, was sich doch weder mit dem Ernst einer Transaktion, die einem mehrjährigen, von den entsetzlichsten Verwüstungen begleiteten Kriege ein Ende machte, noch mit der Ehre des großen Zaren und des Königs von Schweden vereinigen läßt. Eben deshalb hat auch der Feldherr des Zaren kraft ihm von letzterem erteilten Mandats, damals, als es sich um Unterwerfung Livlands handelte, der Ritter- und Landschaft gegenüber den Ausspruch gethan: „Wo eines großen Herrn Schutz aufhört, da cessiret auch der Gehorsam

und die Treue der Unterthanen, weil dieses *vinculum* billig *mutuum* sein muß.“ Haben folchergestalt die Bewohner Livlands ein unzweifelhaftes eigenes Recht, auf der Aufrechterhaltung des durch die Kapitulationen und den Nystädter Frieden zwischen der Provinz Livland und dem russischen Reiche festgestellten staatsrechtlichen Verhältnisses zu bestehen, so folgt daraus ganz und gar nicht, daß dieses Verhältniß zu ewiger Stabilität und Entwicklungsunfähigkeit verurtheilt sei, denn den Monarchen Rußlands ist ja keineswegs benommen, jenes staatsrechtliche Verhältniß, wie überhaupt die der Provinz Livland in den Unterwerfungs- respective Cessionsverträgen garantierten Gerechtsame, unter Zustimmung der verfassungsmäßigen Vertretungsorgane des Landes abzuändern und zeitgemäßer Entwicklung entgegenzuführen, wie das in vielen Fällen und in großem Maßstabe bei Aufhebung der Leibeigenschaft und bei Zustandekommen der Agrargesetze und Bauernverordnungen thatsächlich geschehen ist. Ein unbeugbares Festhalten der provinziellen Vertretungsorgane an den althergebrachten Gerechtsamen selbst da, wo es sich um wahrhaft zeitgemäße, im Interesse Livlands notwendige Änderungen oder Ergänzungen jener Gerechtsame handelt, darf nicht angenommen werden, einmal weil das, was im Laufe der Zeit veränderte Verhältnisse wirklich fordern, sich immer, wenn auch unter Kämpfen Bahn zu brechen pflegt; sodann weil die Erfahrung lehrt, daß die Gesetze derjenigen Staaten, in denen die gesetzgebende Gewalt dem Monarchen und der verfassungsmäßigen Volksvertretung als gleichberechtigten Faktoren zusteht, keineswegs zu Stabilität verknöchern, sondern den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Wandlungen erfahren. Mögen nun Herr Kopyloff, A. D. und wer sonst in hoher oder nicht hoher Stellung die Ansicht der selben teilt, sich über die ermüdende Berufung Livlands auf seine Unter-

verfungsverträge beklagen und Hochverrat wittern, wahr bleibt es aus den oft dargelegten und oben wiederum entwickelten Gründen doch immer, daß die Monarchen Rußlands rechtlich nicht befugt sind, die der Provinz Livland in den Kapitulationen und dem Nystädter Frieden gewährleisteten Gerechtsame einseitig außer Kraft zu setzen, und daß Gesetze und Vorschriften, die Monarchen Rußlands dieser Rechtsbewandtnis zuwider erlassen haben, vom Standpunkt des Rechtes als nichtig und unwirksam angesehen werden müssen und richterlichen Erkenntnissen nicht zur Grundlage dienen können. Und wie mißglückt und unbesonnen erscheint doch die Bezugnahme A. D's. auf den Vers: Es erben sich Gesetz und Rechte u. A. D. kann unmöglich in Abrede stellen, daß Gewissensfreiheit, wenn darunter nicht bloß Kultusfreiheit, sondern zugleich auch die Befugnis jedes Unterthanen verstanden wird, diejenige Konfession zu wählen und offen zu bekennen, die seiner Überzeugung entspricht — im russischen Reiche vor 1721, wie später, nicht heimisch gewesen, wie denn auch sogar noch im Jahre 1737 der Marineoffizier Wasnigin auf Grund eines vom Senate unter Bezugnahme auf die yrosperie vom Jahre 1649 gefällten Urteile wegen Abfalls von der Orthodorie und Übertritts zum Bekenntnis der Juden trotzdem in Gesellschaft des Ebräers, der ihn verführt hatte, verbrannt wurde. Dieser hochgradigen, die früheren Gesetze Schwedens noch überbietenden Intoleranz Rußlands gegenüber erscheint die Bestimmung des Artikel 10 des Nystädter Friedens, wonach in Livland kein Gewissenszwang eingeführt werden darf, gewiß als eine dem „Rechte, das mit uns geboren wird“, durchaus entsprechende Sägung. Wenn nun A. D., gegen den für Gewissensfreiheit eintretenden Herrn Dalton polemisierend, die Behauptung aufstellt, daß der Nystädter Frieden und mit ihm also auch der Artikel 10 desselben „längs verblieben“ und

durch die den Gewissenszwang dekretierenden Bestimmungen des russischen Rechts ersetzt sei, so hätte er den von ihm angezogenen Vers auf diese reichsrechtlichen Bestimmungen anwenden sollen, denn sie sind in der That eine „ewige Krankheit“, die die natürliche Freiheit des Gewissens und der konfessionellen Überzeugung in den Fesseln religiöser Sklaverei gefangen halten, sie erben sich in Rußland seit Jahrhunderten fort und schleppen sich von Geschlecht zu Geschlecht, sie machen das Gesetz zum Unrecht, sie haben auch in den Ostseeprovinzen seit einer Reihe von Decennien die Wohlthat der Gewissensfreiheit in die „Plage“ des Gewissenszwanges verwandelt und dadurch das religiöse Leben schwer beeinträchtigende, konfessionelle Wirren hervorgebracht, — sie sind es endlich, welche die Regierung zu Maßregeln und den Richter zu Urtheilssprüchen veranlassen, die, an die Zeit finsterner Barbarei erinnernd, im übrigen Europa unerhört sind und die Bewohner der Ostseeprovinzen zu dem Ausruf nötigen: „Weh Dir, daß Du ein Enkel bist!“

ad II. Hiernächst die zweite der oben im allgemeinen als unbegründet bezeichneten Behauptungen, nämlich, daß die Monarchen Rußlands die Religionsfreiheit Livlands im Wege der Gesetzgebung, gleichviel ob *per fas* oder *per nefas* beseitigt haben, näher ins Auge fassend, leuchtet von selbst ein, daß die Beseitigung nur erfolgt sein kann entweder durch einen speciellen kaiserlichen Erlaß, in welchem die Aufhebung der die Gewissensfreiheit betreffenden Bestimmungen der Capitulationen und des Aystädter Friedens ausdrücklich ausgesprochen ist, oder aber durch Erlaß von auch für Livland geltenden Gesetzen, welche mit jenen Bestimmungen in Widerspruch stehen und sie daher nach der Regel: *lex posterior derogat legi priori* — außer Kraft setzen.

Daß eine Aufhebung der ersteren Art nie erfolgt sei, wird

gewiß niemand in Abrede stellen, wie denn auch Professor Engelmann in seinem Russischen Staatsrechte (Freiburg i. B. 1889) auf Seite 27 lehrt, daß in Liv- und Estland die gewährte Gewissensfreiheit niemals ausdrücklich aufgehoben worden sei. Was die Aufhebung durch Abrogation betrifft, so werden als Gesetzesbestimmungen, die der Gewissensfreiheit in Livland widerstreiten, vornehmlich angeführt: die Artikel 389 und 390 des Gesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland vom Jahre 1832 (Ausgabe vom Jahre 1881) und die damit korrespondierenden Artikel 188, 193 des Strafgesetzbuchs und der Artikel 67 des Band X Teil I des Svods der Reichsgesetze. Diese Gesetzesbestimmungen werden nun nacheinander hinsichtlich ihrer Geltung in Livland zu prüfen sein. Mit den Artikeln 389 und 390 des Kirchengesetzes mag begonnen werden.

Der Allerhöchste Kamentliche Befehl an den dirigierenden Senat vom 28. Dezember 1832, in welchem die Bestätigung des Kirchengesetzes nebst der Instruktion ausgesprochen wird, erwähnt zuerst, daß den Bewohnern der Ostseeprovinzen und den übrigen Unterthanen Rußlands evangelisch-lutherischen Glaubens bis dahin gestattet gewesen, sich in geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten nach ihren früheren Gesetzen zu richten, und daß die oberste Aufsicht über die Befolgung derselben sowie überhaupt über die evangelisch-lutherischen Kirchen in Rußland dem Justizkollegium der liv-, est- und finnländischen Sachen übertragen gewesen. Darauf hebt der Befehl hervor, daß und warum sich diese Einrichtung im Laufe der Zeit als nicht mehr genügend erwiesen und daß daher ein Comité zur Entwerfung eines allgemeinen Gesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland eingesetzt worden, welches angewiesen sei, sich dahin zu bemühen:

1. daß alle Bestimmungen des Entwurfs des neuen Ge-

gesetzes mit den Grundsätzen der evangelisch-lutherischen Kirche, nicht nur inbetreff der Lehre von den Dogmen des Glaubens in ihrem ganzen Umfange und ihrer Unverletzlichkeit, sondern auch in den Hauptgrundzügen der Kirchenverwaltung und den die wichtigsten „gottesdienstlichen Gebräuche anordnenden Vorschriften genau übereinstimme, — und

2. daß diese Bestimmungen damit zugleich dem gegenwärtigen Zustande der evangelisch-lutherischen Kirchen in Rußland, ihren Bedürfnissen und der Natur ihrer Beziehungen zur obersten Staatsgewalt und zu allen Regierungs- und Justizbehörden im Reiche in vollem Maße entsprächen“.

Endlich konstatiert der Allerhöchste Namentliche Befehl, daß der von dem Comité vorgelegte und im Reichsrat verbesserte Entwurf am 26. Dezember 1832 die Allerhöchste Bestätigung gefunden, ordnet dessen Publikation als Gesetz an und schließt mit der Erklärung:

„Mit der Herausgabe dieses neuen Gesetzes werden alle bisher in Unserem Reiche in Kraft und Wirksamkeit gewesenen Verordnungen über die Einrichtungen der evangelisch-lutherischen Kirche abgeschafft und unter den Behörden, die bisher deren Angelegenheiten leiteten, diejenigen aufgehoben, welche nach Grundlage der Bestimmungen dieses Gesetzes künftighin keinen Anteil daran nehmen sollen.“

Zufolge des Vorstehenden geht das Kirchengesetz vom Jahre 1832, wie auch der Text desselben beweist, über die Grenzen einer bloßen Modifikation nur insoweit hinaus, als es verschiedene kirchliche Behörden, die bis dahin bestanden hatten, durch andere kirchliche Behörden ersetzt, denn die Aufhebung der bis dahin „im russischen Reiche in Kraft und Wirksamkeit gewesenen Verordnungen über Einrichtungen der evangelisch-lutherischen Kirche“ will augenscheinlich nur besagen, daß der Inhalt derselben in den Text des Kirchen-

geſeßes aufgenommen worden, das letztere alſo an die Stelle jener Verordnungen getreten, ohne den bisherigen Rechtszuſtand der lutheriſchen Kirche zu verändern. Eben daher ſtellt auch der zweite Punkt des Allerhöchſten Befehles vom 28. Dezember 1832 feſt, daß die Beſtimmungen des neuen Kirchengefeßes (abgeſehen von den kirchlichen Behörden) dem derzeitigen Zuſtande beſagter Kirche entſprechen. Mit welchem Rechte die die livländiſche Gewiſſensfreiheit normierenden Beſtimmungen der Kapitulationen und des Nyſtädter Friedens zuweilen zu jenen durch den Befehl vom 28. Dezember 1832 abgeſchafften Verordnungen gezählt werden, iſt gänzlich unverständlich, da ja die Gewiſſensfreiheit keine Einrichtung der evangeliſch-lutheriſchen Kirche iſt, ſondern ſich als ein Fundamentalrecht der Einwohner Livlands darſtellt, und zwar als ein Recht, welches den Einwohnern ohne Rückſicht auf ihre konfeſſionelle Zugehörigkeit zuſteht. Würde man die durch den mehrerwähnten Allerhöchſten Befehl abgeſchafften Verordnungen nichtsdeſtoweniger auf den Punkt 1 der livländiſchen Kapitulation und den Artikel 10 des Nyſtädter Friedens zu beziehen geneigt ſein, ſo würde die Konſequenz erheiſchen, auch diejenigen reichsrechtlichen Vorſchriften, welche die Aufnahme im Innern des Reiches wohnender Perſonen griechiſcher Konfeſſion zur lutheriſchen Kirche ſchon vor 1832 verboten, den am 28. Dezember deſſelben Jahres „abgeſchafften Verordnungen“ beizuzählen, mithin jenes Verbot für das Innere des Reiches als aufgehoben anzusehen, wozu ſich gewiß niemand entſchließen wird.

Obgleich der Allerhöchſte Befehl vom 28. Dezember 1832 hiernach die livländiſche Gewiſſensfreiheit überhaupt gar nicht berührt und obgleich auch in dem Texte des Kirchengefeßes und der Inſtruktion nirgends ſagt iſt, daß der Punkt 1 der Kapitulation und der Artikel 10 des Nyſtädter Friedens ihre

Geltung in Livland eingebüßt hätten; so scheint eine Beeinträchtigung dieser Rechtsnormen auf den ersten Blick doch in dem § 251 der ersten Ausgabe des Kirchengesetzes zu liegen, welcher wie folgt lautet:

„Wenn ein evangelisch-lutherischer Prediger ein Glied der griechisch-russischen Kirche zu seiner Konfession aufnimmt, so wird er unverzüglich seines Amtes und der geistlichen Würde entsetzt und der weltlichen Obrigkeit zur Bestrafung übergeben. Für die Einsegnung einer Ehe, wenn einer der Ehekontrahenten den griechisch-russischen Glauben bekennet, für die Taufe der Kinder aus solchen gemischten Ehen, ohne dazu durch eine besondere Erlaubnis dazu gehörig autorisiert zu sein, und überhaupt für jede Verrichtung geistlicher Handlungen an Gliedern der griechisch-russischen Kirche wird der Prediger, wenn dieses von ihm wissentlich, nicht aber aus einem durch die Umstände entschuldbaren Irrtum geschah, des Amtes entsetzt und kann in Zukunft bei keiner evangelischen Gemeinde mehr angestellt werden.“

Die hier den lutherischen Predigern angedrohten Strafen haben aus dem Grunde nur für diejenigen Gebiete Sinn, in denen den Bewohnern der Übertritt von der griechischen zur lutherischen Kirche im Jahre 1832 verboten war, weil da, wo die Einwohner kraft der ihnen gewährleisteten Gewissensfreiheit das Recht hatten, ihre Konfession frei zu wählen, dieses Recht der Einwohner die Anwendbarkeit des Artikel 251 des Kirchengesetzes ausschloß, zugleich aber die Befugnis und die Verpflichtung der lutherischen Prediger zur Aufnahme der Übertretenden in die lutherische Kirche und die Bedienung derselben mit den Sakramenten dieser Kirche selbstverständlich in sich schloß, weil ohne diese Befugnis und Pflicht der lutherischen Geistlichen das Recht der freien Wahl der Konfession völlig illusorisch und bedeutungslos gewesen wäre. Erwägt man

nun, daß den der griechischen Kirche angehörigen Einwohnern Livlands der Übertritt zur lutherischen Konfession, wenn überhaupt, so jedenfalls frühestens erst im Jahre 1845 verboten worden ist, wie weiter unten nachgewiesen werden wird, so ist klar, daß der § 251 des Kirchengesetzes in der Zeit von 1832 bis 1845 in Livland, jedenfalls den indigenen Bewohnern dieser Provinz gegenüber, gar keine Geltung haben konnte und sollte, vielmehr in das Kirchengesetz, welches sich ja selbst als ein allgemeines bezeichnet, nur aufgenommen worden ist, um im Innern des Reiches Anwendung zu finden und zwar da, wo damals schon die reichsrechtliche Bestimmung bestand, daß ein Glied der griechischen Kirche zu keiner andersgläubigen, wenn auch christlichen Konfession übertreten dürfe. Daß das Gesetz jemals beabsichtigt habe, die Gewissensfreiheit der Orthodoxen von dem Umstande abhängig zu machen, ob sie Livland oder einen anderen Teil des russischen Reiches zu ihrem Wohnsitz wählen und sonach dieselbe Person je nach ihrem Wohnsitz hinsichtlich ihrer Gewissensfreiheit vollständig anderer Beurteilung zu unterwerfen, wäre denn doch wohl eine schwer zu begründende Behauptung.

Genau zu demselben Resultat kann man auch auf einem zweiten Wege gelangen, welcher jedoch erst später in einem anderen Zusammenhange betreten werden soll.

Der § 251 des Kirchengesetzes hat in der neuesten Ausgabe desselben in den Art. 289 und 290 Ausdruck gefunden und da letztere wieder in dem Art. 193 der neuesten Ausgabe des Strafgesetzbuchs reproduziert worden, so fragt sich nunmehr, ob der letztere und der mit ihm in engem Zusammenhange stehende Art. 188 des Strafgesetzbuchs für Livland Geltung haben.

Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karl V. und des Heiligen Römischen Reichs vom Jahre 1532 kam bekanntlich

auch in den von dem Orden der Schwertbrüder eroberten livländischen Territorien zur praktischen Anwendung, weil dieselben vermöge der Lehnsv Verbindung, in der sie bis zum Jahre 1561 zum Deutschen Reiche standen, einen integrierenden Theil dieses Reiches bildeten. Bei der Vereinigung Livlands erst mit Polen und dann mit Schweden trat hinsichtlich der Geltung der peinlichen Gerichtsordnung in Livland keine Veränderung ein, da Livland sich in den betreffenden Unterwerfungsverträgen die Konfirmation der deutschen Rechte, Gerechtigkeiten, Gewohnheiten und landläufigen Gebräuche ausbedungen hatte und alle diese Gerechtsamen von dem polnischen respektive dem schwedischen Staatsoberhaupte concediert worden waren. In Betreff der Zeit der russischen Herrschaft ist hinsichtlich der in Livland geltenden strafrechtlichen Normen zwischen der Zeit bis zum 1. Mai 1846 und der darauffolgenden Zeit zu unterscheiden. Da bei der Cession Livlands an Rußland die volle Geltung des bis dahin in Livland angewandten Strafrechts von Peter dem Großen vertragsmäßig stipuliert worden war, so wurde dieses Strafrecht von den Gerichten Livlands auch nach dem Jahre 1721 gerade ebenso zur Anwendung gebracht, wie das früher geschehen war. Die große Lückenhaftigkeit dieser strafrechtlichen Bestimmungen veranlaßte die gesetzgebende Gewalt Rußlands, einzelne neue Strafgesetze ausdrücklich für Livland zu erlassen oder auf diese Provinz einzelne Bestimmungen des russischen Strafrechts auszudehnen und daselbst zur Nachachtung publizieren zu lassen. Keine dieser strafrechtlichen Normen hatte die Gewissensfreiheit zum Gegenstande. Selbst dadurch, daß die für das Innere des Reiches geltenden Strafgesetze in dem XV. Bande des im Jahre 1832 erlassenen Codex (Svod) der Reichsgesetze in systematischer Ordnung zusammengefaßt wurden, trat für die Strafrechtspflege Livlands keine Änderung ein, indem der

Coder der Reichsgesetze und mit ihm der XV. Band desselben für die neben Estland und Kurland nach besonderem Rechte verwaltete Provinz Livland weder Geltung hatte, noch auch daselbst als ein ganzes zur Nachachtung publiziert wurde, so daß die livländischen Kriminalgerichte fortfuhren, ihren Straf-erkenntnissen die bei der Unterwerfung bestätigten strafrechtlichen Normen und die durch specielle Ukase in Livland zur Geltung gebrachten Strafbestimmungen zu Grunde zu legen und zu citieren. Eine Änderung des Bestehenden griff in der hier fraglichen Beziehung in Livland erst Platz, als im Jahre 1845 ein neues allgemeines Reichsstrafgesetzbuch ausgearbeitet und mit dem 1. Mai 1846 im ganzen Reiche in Wirksamkeit gesetzt wurde. In demselben befinden sich unter anderen auch folgende zu einander in korrelativem Verhältnisse stehenden mit der Gewissensfreiheit aber unvereinbaren Gesetzesbestimmungen.

Art. 206 (in der neuesten Ausgabe des Strafgesetzbuchs Art. 188): „Die von den Orthodoxen zu einem anderen christlichen Bekenntnisse Übergetretenen werden der geistlichen Obrigkeit zugesandt, um von derselben ermahnt und zur Einsicht über ihre Handlung gebracht zu werden und damit dieselbe mit ihnen nach den kirchlichen Vorschriften verfare. Bis zu ihrer Rückkehr in den Schoß der orthodoxen Kirche, werden von der Obrigkeit die gesetzlich vorgeschriebenen Maßregeln ergriffen, um die unmündigen Kinder derselben und die in ihrer Gewalt stehenden Leibeigenen vor dem Abfalle zu behüten. In Betreff ihrer von Gliedern der orthodoxen Kirche bewohnten Landgüter wird für die ganze Zeit eine Kuratelverwaltung eingesetzt und es wird ihnen nicht gestattet, daselbst ihren Aufenthalt zu nehmen.“

Ferner Art. 211: „Geistliche anderer christlichen Bekenntnisse, welche wirklich Glieder der orthodoxen Kirche zur Beichte, Kommunion oder letzten Ölung oder deren Kinder zur

Taufe oder Konfirmation nach ihrem Ritus zulassen, unterliegen hierfür das erste mal der Entfernung von ihrem Amte auf eine Zeit von 6 Monaten bis zu einem Jahre, das zweite mal aber der Ausschließung aus der geistlichen Würde.“ Hier- nach ist klar, daß wenn das Verbot des Übertritts von der griechischen zur lutherischen Kirche in den Ostseeprovinzen je- mals gesetzlich angeordnet worden, solches frühestens, wie oben schon bemerkt wurde, durch Publikation des Strafgesetzbuchs vom Jahre 1845 geschehen sein kann. Daß aber dies Straf- gesetzbuch, oder genauer die Art. 206 (jetzt 188) und 211 (jetzt 193) desselben, die in den Ostseeprovinzen damals zu Recht bestehende Gewissensfreiheit in Wirklichkeit aufgehoben und sie nach der Intention der gesetzgebenden Gewalt hat aufheben sollen, muß, selbst abgesehen von dem unter Ziffer 1 Erörterten, aus den nachfolgenden Gründen entschieden bestritten werden.

Die „Intention“ ist gewiß dargethan und wird im Ernste nie bestritten werden können. Der Wortlaut des namentlichen Ukases vom 15. August 1845 beweist dagegen nichts.

Zunächst darf nicht unbeachtet bleiben, daß Kaiser Niko- laus I. in seinem Namentlichen Befehle vom 15. August 1845, in welchem er das neue Strafgesetzbuch bestätigte, ausdrücklich hervorgehoben hat, daß die Bestimmungen des letzteren nur diejenigen älteren Strafbestimmungen außer Kraft setze, die sich, ohne mit den neuen Gesetzen übereinzustimmen, in dem Bande XV. oder in anderen Bänden des Reichsgesetz- buchs vom Jahre 1832 vorfinden. Zu den durch das neue Strafgesetzbuch außer Kraft gesetzten Strafbestimmungen ge- hören die die livländische Gewissensfreiheit begründenden, oft erwähnten Rechtsnormen gewiß nicht, weil sie überhaupt nicht Strafbestimmungen sind und überdies weder in dem Bande XV noch in den anderen Bänden des Reichsgesetzbuchs erwähnt sind. Hieraus ist ersichtlich, daß Kaiser Nikolaus selbst die

derogierende Kraft seines neuen Strafgesetzbuches auf solche ältere Bestimmungen beschränkt hat, welche die livländische Gewissensfreiheit nicht berühren.

Ausschlaggebend erscheint aber der Umstand, daß die Art. 206 und 211 (jetzt 188 und 193) gleich den andern in dem Strafgesetzbuch enthaltenen Bestimmungen allgemeine Gesetze sind, während die oft bezogenen Satzungen der Kapitulationen und des Nystädter Friedens als specielle, auf gewisse Gebiete beschränkte Rechtsnormen erscheinen. Bei einer Kollision zwischen Rechtsquellen der ersten und zweiten Art läßt das römische Recht die Anwendung der allgemeinen Regel: *lex posterior derogat legi priori* — nicht zu, ersetzt sie vielmehr auf Grund der *Lex 80 D. de R. J.* durch die Vorschrift:

„In toto jure generi per speciem derogatur et illud potissimum habetur, quod ad speciem directum est“ — sodaß unter der gedachten Voraussetzung die Regel: *lex posterior generalis non derogat legi priori speciali* — Platz greift. Genau auf demselben Standpunkte stehen die russischen Reichsgrundgesetze. Nachdem sie in dem Art. 72 festgestellt, daß das jüngere Gesetz dem älteren derogire, lassen sie in dem Art. 79 die Bestimmung nachfolgen, daß „Gesetze, die besonders für ein Gouvernement oder für irgend eine Klasse von Personen erlassen worden, durch ein neues allgemeines Gesetz nicht aufgehoben werden, wenn in diesem die Aufhebung nicht namentlich vorgeschrieben ist.“

Da nun in den Provinzen Liv- und Estlands, speciell und im Gegensatz zu dem im Innern des russischen Reiches herrschenden Gewissenszwange, durch die Kapitulationen und den Nystädter Frieden Gewissensfreiheit rechtlich begründet worden, dies örtlich beschränkte specielle Recht der Bewohner Liv- und Estlands aber weder in dem allerhöchsten Befehle, durch den das Strafgesetzbuch im Jahre 1845 bestätigt wurde,

noch auch bei Redaktion des den Abfall von der griechischen Kirche verbietenden und mit schweren Rechtsfolgen bedrohenden Art. 206 (jetzt 188), noch auch sonst irgendwo im Strafgesetzbuche namentlich aufgehoben worden, wie nach Art. 79 der Reichsgrundgesetze geschehen mußte, sofern durch das Strafgesetzbuch und insbesondere durch den Art. 206 (jetzt 188) in Liv- und Estland Gewissenszwang eingeführt werden sollte; so mußten selbst diejenigen, welche der Aufhebung eines zweiseitigen Vertrages durch das einseitige Belieben eines der Kontrahenten das Wort reden, zugestehen, daß der Art. 206 (188) des Strafgesetzbuchs, unbeschadet seiner Geltung in den sich der Gewissensfreiheit nicht erfreuenden Gebieten des russischen Reiches, jedenfalls in Liv- und Estland keinen Gewissenszwang begründet hat und daß mithin den Bewohnern dieser beiden Provinzen das Recht freier Konfessionswahl, ungeachtet des Erlasses des Strafgesetzbuchs vom Jahre 1845, ungeschmälert verblieben ist. Aus diesem Ergebnis resultiert zugleich die Ungültigkeit des Art. 211 (193) des Strafgesetzbuchs für Liv- und Estland, wenn man zunächst von der darin über die Taufe enthaltenen Bestimmung absieht, denn das Recht freier Konfessionswahl ist, wie schon oben dargelegt wurde, untrennbar mit der straflosen Befugnis der betreffenden Geistlichen verbunden, dem Kindesalter entwachsene Glieder der griechischen Konfession auf Verlangen derselben zur Beichte, Kommunion und Konfirmation nach lutherischem Ritus zuzulassen, da ohne diese Befugnis der Geistlichen das Recht freier Konfessionswahl ein todter Buchstabe wäre.

Der oben bereits besprochene § 251 des Kirchengesetzes ist ebenfalls eine allgemeine Reichsbestimmung und da er mit den speciellen Satzungen, durch welche für Livland und Estland im Gegensatz zu dem im Innern des Reiches herrschenden Gewissenszwange, Gewissensfreiheit begründet worden, in un-

vereinbarem Widerspruche steht, so muß sein Verhältniß zu jenen speciellen Satzungen ebenfalls nach dem Art. 79 der Reichsgrundgesetze, also nach der Regel: *lex posterior generalis non derogat legi priori speciali* beurtheilt werden, woraus denn ohne weiteres folgt, daß der § 251 (389 und 390) des Kirchengesetzes aus demselben Grunde als in Liv- und Estland nicht geltend angesehen werden muß, aus welchem sich oben die Ungültigkeit der Art. 206 (188) und 211 (193) des Strafgesetzbuchs für Liv- und Estland ergab. Was den Art. 67 des X. Bandes der Reichscivilgesetze betrifft, so kann selbstverständlich nicht in Abrede gestellt werden, daß derselbe durch den kaiserlichen Befehl vom 8. Juli 1885 auch auf Livland ausgedehnt ist. Theoretisch kann indes nicht behauptet werden, daß er mit der Livland zugesicherten und daselbst noch rechtlich bestehenden Gewissensfreiheit geradezu im Widerspruch stehe, denn da dem in gemischter Ehe lebenden protestantischen Parens eine Verpflichtung zur Erziehung seiner Kinder in der Lehre der griechischen Kirche, einzig und allein durch Unterzeichnung des oftgedachten Reversals, mithin aus einem von ihm immerhin freiwillig abgelegten Gelübde erwächst, wie oben gezeigt wurde, so ist er es eben selbst, welcher sich in die Lage bringt, seine Kinder in einer Konfession zu erziehen, die seiner religiösen Überzeugung nicht entspricht. Dazu kommt, daß den so erzogenen Kindern, in anbetracht der erwiesenen Ungültigkeit der Art. 188 und 193 des Strafgesetzbuchs in Livland, nicht benommen ist, im reifen Lebensalter von der griechischen zur protestantischen Kirche überzutreten.

Wird die Sache aber vom praktischen Standpunkte angesehen und dabei beachtet, daß die griechische Kirche und die Staatsregierung thatsächlich dem Grundsatz huldigen, daß jede einmal nach griechischem Ritus getaufte und gefirmelte Person und alle Nachkommen derselben sich nie aus den Banden der

griechischen Kirche zu befreien befugt seien, so kann man auf den Art. 67 der Reichscivilgesetze nur mit der tiefsten Verachtung hinabsehen, weil er eine der stärksten Neigungen des Menschen ausbeutet, um für die griechische Kirche auf künstlichem Wege Mitglieder einzufangen.

In der Ausgabe des Swod der Reichsgesetze vom Jahre 1856 wird im Widerspruch zu dem Ukase Kaiser Alexander I. vom 20. Juli 1819, welcher die Parität der griechischen und evangelisch-lutherischen Kirche unverkennbar anerkennt, die erstere den andern christlichen Kirchen gegenüber plötzlich als herrschende bezeichnet und dann im 4. Artikel des XI. Bandes das Recht, Mission zu treiben, ausschließlich der herrschenden Kirche für das ganze Reich zugesprochen. Daß diese Bestimmung vom Standpunkte des Rechtes auf Liv- und Estland nicht angewandt werden kann, folgt aus dem bereits oben näher beleuchteten Art. 79 der Reichsgrundgesetze und aus dem Inhalt des Art. 10 des Nystädter Friedens, nach welchem ja zwischen der evangelisch-lutherischen und der griechischen Kirche Parität obwalten soll. Hierbei versteht sich von selbst, daß die Befugnis zur Missionsbetreibung nicht in Proselytenmacherei d. i. in das zu dringliche Bestreben, Genossen einer fremden christlichen Religionspartei in die eigene herüberzuziehen und so den Frieden, den dieselben in ihrer Kirche finden, zu stören, ausarten darf. Dagegen, daß in dem Art. 187 des Strafgesetzbuchs Proselytenmacherei verboten und mit Strafe bedroht wird, kann gewiß nichts eingewandt werden. Es ist aber sehr zu bedauern und widerspricht der im Nystädter Frieden festgestellten Parität, daß das Strafgesetzbuch keine Bestimmung enthält, durch welche zur griechischen Kirche gehörige Geistliche und Laien für Proselytenmacherei mit Strafe bedroht werden. Gewiß noch mehr ist zu bedauern, daß die griechische Kirche zu ihrer Existenz und

ihrem Gedeihen des Monopols der Proselytenmacherei zu bedürfen glaubt. Ohne die griechische Kirche um dieses Monopol zu beneiden, muß die evangelisch-lutherische Kirche doch unentwegt festhalten an ihrem wohl begründeten Rechte: Jeden in ihren Schoß aufzunehmen, der in reifem Alter aus freien Stücken darum bittet und sich zu ihr aus innigster Überzeugung bekennt.

Nachdem oben, hoffentlich in überzeugender Weise, dargethan worden, daß den Monarchen Rußlands rechtlich die Befugnis zur einseitigen Aufhebung des der Provinz Livland im Nystädter Frieden gewährleisteten Privilegiums der Gewissensfreiheit überhaupt mangelt, daß sie auch niemals zur Aufhebung dieses Privilegiums thatsächlich geschritten und daß die demselben insbesondere widerstreitenden Art. 188 und 193 des Strafgesetzbuchs, wie die mit selbigen korrespondierenden Paragraphen des evangelisch-lutherischen Kirchengesetzes in Livland keine Gültigkeit haben, so kann das Gesamtergebnis der vorstehenden Erörterungen dahin zusammengefaßt werden, daß

1. den Bewohnern Livlands auch noch gegenwärtig das Recht zusteht, zu derjenigen christlichen Kirche überzutreten, die ihrer religiösen Überzeugung entspricht, daß

2. die protestantischen Geistlichen an den zu ihrer Kirche freiwillig und förmlich übergetretenen Personen alle durch das Predigtamt gebotenen Amtshandlungen zu vollziehen verpflichtet und berechtigt sind, daß

3. für eine strafrechtliche Beurteilung protestantischer Geistlichen wegen Vollziehung beregter Amtshandlungen keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist und daher Beurteilungen, die nichts destoweniger für gedachte Amtshandlungen stattfinden, entweder der ungenügenden Rechtskenntnis des urteilenden Richters oder aber der Abhängigkeit desselben von der Politik der Obrigkeit zuzuschreiben sind — und daß endlich

4. der Amtseid, den die protestantischen Geistlichen bei ihrer Ordination nach der Kirchenordnung zu leisten haben, die Schwörenden zur Beobachtung der der Gewissensfreiheit widerstreitenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und der Kirchenordnung schon deshalb nicht verpflichtet, weil diese Bestimmungen in Livland keine Gültigkeit haben.

Was hier für Livland beduziert worden, gilt in vollem Umfange auch für Estland.

Für Kurland kommen hinsichtlich der Gewissensfreiheit zum Theil andere, eine besondere Bearbeitung erheischende rechtliche Gesichtspunkte in Betracht.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Weibel & Co. in Altenburg.